# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. März 1931


## Was geschieht?

### Wann wird der Mordhetze endlich ein Ende gemacht ?

SPD. Das nationalsozialistische Verbrechen in Hamburg hat eine gewaltige Welle der Empörung gegen das Treiben der Bürgerkriegsparteien hervorgerufen, die endlich zu scharfen Massnahmen zu führen scheint.

Die sozialdemokratische Initiative im Reichstag hat dazu geführt, dass bereits am Dienstag im Reichsjustizministerium Besprechungen darüber geführt worden sind, wie dem Verlangen des Reichstages nach einem Gesetz gegen die Mordhetze entsprochen werden kann. Die Sozialdemokratie hat mit ihrem Antrag im Reichstag gezeigt, dass sie der sicherste Hort des Rechtsstaates in Deutschland ist. Sie will den inneren Frieden, weil er die Voraussetzung für die Anwendung demokratischer Kampfmittel ist. In einer Zeit, in der Köpfe eingeschlagen werden, kann man die Köpfe nicht aufklären. Wer den Kampf mit geistigen Waffen will, der muss notwendig vorher den blutigen Kampf mit Revolvern und Messern unterdrücken.

Die Preussische Regierung hat bisher getan, was sie konnte, um den Bürgerkrieg zwischen den Nationalsozialisten und Kommunisten einzudämmen und der schamlosen Mordhetze und Aufreizung zum Bürgerkrieg entgegenzutreten. Sie hat allerdings dabei Hemmnisse zu überwinden gehabt, die daraus entstanden sind, dass die Reichsregierung nicht mit der gleichen Entschlossenheit vorgegangen ist, weil sie innerlich gebunden ist und weil namentlich die Deutsche Volkspartei immer noch einen sehr starken Zug zu den Nationalsozialisten hin zu erkennen gegeben hat. Andere Hemmungen kamen bisher von der Justiz her. Frondierende Richter in Preussen wie im Reich und am Reichsgericht haben den Nationalsozialisten die Hoffnung gegeben, dass sie im Kampf gegen die Befriedungsabsichten der politischen Leitung auf stillschweigende Beihilfe aus den Kreisen der Justiz rechnen können. Nur so ist es erklärlich, dass die offene und ausgesprochene Mordhetze in der letzten Zeit so ausgedehnte Formen annehmen konnte; nur so ist es erklärlich, dass selbst vor dem Plenum des Reichsgerichts diese Hetze von Hitler betrieben werden konnte und dass jeder unreife Bursche, der in der Nationalsozialistischen Partei sein Unwesen treibt, in vollster Öffentlichkeit die Führer der Republik beschimpfen und mit dem Tode bedrohen konnte, ohne dass irgend etwas Ernstliches gegen diese Pest unternommen worden wäre.

Jetzt sind Hoffnungen vorhanden, dass wenigstens ein Teil dieser Hemmungen überwunden werden wird. Am Mittwoch tritt eine Konferenz der Innenminister der grösseren Länder mit dem Reichsinnenminister zusammen, die sich mit der Mordhetze der extremen Parteien befassen wird. Diese Konferenz, zu der die Innenminister aller Länder mit mehr als 2 Millionen Einwohner eingeladen sind, war ursprünglich zu anderem Zweck einberufen worden. Sie sollte sich mit der Frage der Bekämpfung der Agitation der Gottlosen, des neuen bolschewistischen Propaganda-Unternehmens befassen. Der Mord von Hamburg hat jedoch den Anlass gegeben, diese Besprechung weiter auszudehnen und Hamburg nachträglich zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Schon das zeigt, dass in der Konferenz der Innen-

minister auch Erwägungen darüber angestellt werden, mit welchen Mitteln nun endlich an der ernsthaften inneren Befriedung Deutschlands gearbeitet werden kann und welche wirksamen und scharfen Massnahmen gegen die längst zu einer offenen Gefahr gewordenen Bürgerkriegshetze ergriffen werden sollen.

Diese Massnahmen werden sowohl gegen die Nationalsozialisten wie gegen die Kommunisten nötig werden. Beide bemühen sich gleichmässig, den kleinen Bürgerkrieg weiter zu treiben, bis eine allgemeine grosse Explosion erfolgt. Sie wollen das Gefüge des Staates wie die Rechtsordnung erschüttern, sie wollen die grosse, blutige Auseinandersetzung im Innern; sie bekämpfen einander mit mörderischen Mitteln, aber sie stehen sofort Schulter an Schulter, wenn die Kräfte des Rechtsstaates und der Demokratie sich gegen ihr Treiben wenden. Mit gleichem Hass verfolgen beide Parteien die Sozialdemokratie, weil sie in ihr nach der Schwächung der bürgerlichen Mitte den letzten starken Hort des inneren Friedens in Deutschland erblicken. Die wilden, hasserfüllten und blutigen Drohungen namentlich der nationalsozialistischen Hetzredner richten sich darum gegen die Sozialdemokratie.

Es war entschieden ein Fehler, dass die blutige Hetze in Deutschland so lange ihr Unwesen treiben durfte, ohne dass energisch gegen sie eingeschritten worden wäre. Dass es soweit gekommen ist, das ist nicht zuletzt die Schuld jener bürgerlichen Kreise, die in Hitler und seinen Banden einen willkommenen Bundesgenossen gegen die sozialistische Arbeiterbewegung sahen und die ihn deshalb begünstigt haben. Nicht nur Hitler und die Seinen, auch die Geldgeber der Hitler-Partei haben ein wohlgerütteltes Mass von Schuld an dem Blut, das in Deutschland vergossen wird. Die Mehrheit des Volkes hat inzwischen erkannt, welches Unglück über Deutschland hereinbrechen würde, wenn diese Mörderorganisationen an die Regierung gelangen würden. Ein fester Abwehrblock zum Schutze des Rechtsstaates und der Demokratie bildet sich heraus. Nun ist es an der Zeit, dass der gemeinsame Abwehrwille auch zu entscheidenden und durchgreifenden Massnahmen führt und dass das Verbrechen von Hamburg den Anlass gibt, wirklich Durchgreifendes zu unternehmen.

Wir hoffen, dass die Besprechungen der Innenminister der Länder mit dem Reichsinnenminister diesen festen Willen nun endlich erkennen lassen wird!

---

SPD. Genf, 17.März (Eig.Drahtb.)

Das Ziel der zweiten Konferenz für gemeinschaftliche Wirtschaftsaktion, nämlich die Genfer Wirtschaftskonvention in Kraft zu setzen, ist nicht erreicht worden. In ihrem Schlussprotokoll wird die Konferenz am Mittwoch-Nachmittag feststellen, dass keine Möglichkeit bestanden habe, die Konvention vor ihrem Ablauf am 1.April in Kraft zu setzen. Dagegen bleibe die Frage offen, ob es möglich sei, diese gleiche Konvention auf einer neuen Konferenz zu einem späteren Termin in Kraft setzen zu können.

Damit sind die bisherigen Bemühungen des Völkerbundes, eine Stabilisierung der bestehenden Handelsverträge und der Zolltarife wenigstens für kurze Zeit zu erreichen, gescheitert. Trotz der Ratifikation der Konvention durch 13 Staaten einschliesslich Deutschland erlischt sie selbsttätig am 1.April. Alle Staaten erhalten dann wieder ihre volle Handlungsfreiheit auf handelsvertraglichem und tarifarischem Gebiet. Ebenso ist jeder späteren Konferenz, die etwa zur Aufstellung einer Wirtschaftskonvention einberufen würde, völlige Freiheit in der Annehme der jetzigen oder einer ganz neuen Konvention gegeben.

Von den in der Montagsitzung gemachten drei Vorschlägen wurde am Dienstag zunächst der englische zur Annahme in Aussicht genommen, wonach durch Protokoll eine Inkraftsetzung der Konvention auch nach dem 1.April für möglich erklärt werden sollte. Von den 13 Staaten, die die Konvention bereits ratifiziert haben, lehnten in der namentlichen Abstimmung jedoch Spanien, Italien und die Schweiz den englischen Vorschlag ab, während neun Staaten sie nur unter der Bedingung angenommen wissen wollten, dass die Konferenz sich einmütig dem englischen Vorschlag anschliesst und die Parlamente das Protokoll nochmals ratifizieren. Endlich machte der Schweizer Stucki den Lösungsvorschlag für das Schlussprotokoll, für dessen endgültige Formulierung ein Redaktionskomitee aus Sir Sidney Chapman-England, Colijn-Holland, Caravale-Italien und Stucki-Schweiz eingesetzt würde.

SPD. Paris, 17.März (Eig.Drahtb.)

Der Senat genehmigte am Dienstag-Nachmittag für den Unterstützungsfonds für Arbeitslose einen Zusatzkredit von 25 Millionen Francs.

Die Kammer hatte auf sozialistischen Antrag hin den von der Regierung vorgeschlagenen Kredit von 25 Millionen Francs auf 100 Millionen Francs erhöht. Die Finanzkommission des Senates hat diesen Kredit jedoch für zu hoch befunden und ihn auf 25 Millionen herabgesetzt. Der Berichterstatter der Kommission verteidigte diesen Beschluss im Plenum mit der Erklärung, dass es zurzeit nur 45 000 Arbeitslose in Frankreich gebe, und dass 25 Millionen Francs bis zum Ende des Monats für die Auszahlung der Unterstützungen genügten. Der Senat nahm den von der Kommission geforderten Kredit von 25 Millionen Francs schliesslich einstimmig an. Der Gesetzentwurf wird deshalb die Kammer noch einmal beschäftigen.

Die von dem Berichterstatter genannte Zahl der Arbeitslosen umfasst bei weitem nicht alle Arbeitslosen in Frankreich. Die Auszahlung der Unterstützung ist in Frankreich von zahlreichen Bedingungen abhängig. Ausserdem besitzen eine ganze Anzahl kleinerer Gemeinden überhaupt keine Unterstützungskasse, da nur Gemeinden von 2 000 Einwohnern zur Errichtung einer solchen Kasse gezwungen sind. Die wirkliche Zahl der Arbeitslosendürfte also das Doppelte der vom Berichterstatter angegebenen Zahl überschreiten. Dazu kommt ein ganzes Heer von Kurzarbeitern, die überhaupt keine Unterstützung beziehen.

---

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat angesichts der sich häufenden Fälle von groben Beleidigungen der Reichs- oder Staatsregierungen oder einzelner ihrer Mitglieder in öffentlichen Versammlungen durch einen neuen Runderlass das Verhalten der Polizei bei der Verfolgung solcher Fälle entschiedener als bisher geregelt.

"Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, so heisst es in dem Erlass, dass die Redner sich in den übelsten Beschimpfungen und Ausfällen ergehen, ohne hieran durch die überwachenden Polizeiorgane gehindert zu werden. Diese beschränken sich zumeist darauf, über den einzelnen Vorfall in der für die Verfolgung strafbarer Handlungen allgemein üblichen Form schriftlich zu berichten. Das hat wiederum zur Folge, dass ein solches Strafverfahren monatelang, manchmal länger als ein Jahr, sich hinzieht, ehe der Schuldige im Falle der Verurteilung der verdienten Strafe zugeführt wird. Ein solches Verfahren verfehlt seinen Zweck vollständig. Der zunehmenden Verrohung des Tones in öffentlichen Versammlungen kann vielmehr nur dann mit Erfolg entgegengetreten werden, wenn die zu ihrer Verhinderung oder Ahndung zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel entschlossen und nachdrücklich zur Anwendung gebracht werden. Zunächst wird bei allen öffentlichen Versammlungen dieser Art mit besonderer Sorgfalt zu prüfen sein, ob die Voraussetzungen für ein polizeiliches Einschreiten gegen die Versammlung als solche gegeben sind. Insbesondere sollen Versammlungen unter freiem Himmel oder in geschlossenen Räumen, bei denen im voraus offenbar ist, dass es sich um unfriedliche Veranstaltungen - Verstoss gegen Strafgesetze oder Bedrohung des öffentlichen Friedens - handelt, nicht nur nach Beginn aufgelöst, sondern auch schon vorbeugend verboten werden können.

Ein besonders geeignetes Mittel, gröbliche Beleidigungen, die als solche ohne weiteres erkennbar sind, möglichst auf der Stelle empfindlich zu ahnden, bietet das im § 212 StPO geregelte beschleunigte Verfahren. Nach dieser Vorschrift kann vor dem Amtsrichter oder dem Schöffengericht ohne schriftlich erhobene Anklage und ohne Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens zur Hauptverhandlung geschritten werden, wenn der Beschuldigte entweder sich freiwillig stellt oder infolge einer vorläufigen Festnahme dem Gericht vorgeführt wird. Bei den Personen, um die es sich in den hier zur Erörterung stehenden Fällen handelt, wird nicht damit zu rechnen sein, dass sie freiwillig,

d.h. ohne Androhung der Vorführung oder Verhaftung, vor Gericht erscheinen werden. Daher kann das Verfahren des § 212 StPO von den Strafverfolgungsbehörden nur angewendet werden, wenn die Polizeibehörden den Beschuldigten festnehmen und ihn dem Gericht vorführen. In diesem Zusammenhang weist der Minister darauf hin, dass das bezeichnete Verfahren sich auch gegen Abgeordnete trotz ihrer Abgeordneteneigenschaft zur Anwendung bringen lässt. Denn die den Abgeordneten sonst schützende Immunität besteht nicht, wenn ein Mitglied des Reichstages oder eines Landtages bei Ausübung der Tat oder spätestens im Laufe des folgendes Tages festgenommen worden ist.

Die Anwendung des § 212 des StPO. wird sich namentlich bei zahlreichen Wanderrednern empfehlen, die überall im Lande umherziehen und den Staat und seine Organe oft monatelang in schwerstem Masse beschimpfen, ohne dass man ihrer habhaft wird. Eine sofortige Festnahme eines solchen Wanderredners wird sich in den meisten Fällen schon dadurch rechtfertigen lassen, dass seine Persönlichkeit der Feststellung bedarf. Allerdings wird in allen Fällen, auch bei persönlich bekannten Rednern einschliesslich der Abgeordneten, der Gesichtpunkt der Verdunkelungsgefahr besonders zu prüfen sein, der im Falle der Bejahung eine sofortige Festnahme und Vorführung vor den Schnellrichter rechtfertigt."

---

SPD. Stuttgart, 17.März (Eig.Drahtb.)

Aus dem nationalsozialistischen Sumpf steigen jetzt auch in Württemberg übelduftende Blasen auf.

In der Ortsgruppe Eislingen ist der Kassierer Wirsing, obwohl er schon durch drei Sterne an seinem Braunhemd ausgezeichnet worden war, mitsamt der ihm zur Verwaltung übergebenen Kasse verschwunden. Ebenso ist der dortige Ortsgruppenleiter plötzlich verduftet. Die Ortsgruppe Göppingen musste durch Bekanntmachung vor einem ihrer Mitglieder, dem Zuschneider Woerle, öffentlich warnen. Von der württembergischen Hitler-Jugend musste der Kassierer Mayer in Stuttgart, weil er, wie sich das hiesige Naziblatt ausdrückt, "seiner Pflicht nicht genügte", seines Amtes enthoben werden. Die verblümte Sprache soll offenbar Schlimmeres vertuschen, denn Mayer durfte nicht einmal mehr den Kassenbericht geben. Der Erfolg seiner segensreichen Tätigkeit war, dass eine beträchtliche Beitragserhöhung stattfinden musste und jeder Hitler-Junge die Parteizeitung zweimal zu bezahlen hat.

---

SPD. Mit dem franzosisch-italienischen Flottenabkommen wurde zugleich die psychologische Grundlage für neue Verhandlungen über einen Kolonialausgleich zwischen Frankreich und Italien geschaffen. Sind diese Besprechungen ebenfalls beendet, dann will man zum Abschluss eines französisch-italienischen Freundschaftsvertrages schreiten.

Inzwischen haben die Verhandlungen über den Kolonialaustausch zwischen Frankreich und Italien in Rom begonnen. Die französische Regierung hat ihren römischen Botschafter beauftragt, im Verlauf der Besprechungen für eine Regelung der Südgrenze Libyens zu sorgen und ferner hinsichtlich der Frage Tunis sein Augenmerk darauf zu richten, dass die dort geborenen Nachkommen der eingewanderten Italiener die französische Staatsangehörigkeit erhalten. Von italienischer Seite gehen die Ansprüche sehr viel weiter. In der Tunis-Frage wartet Italien seit mehr als zwölf Jahren auf die versprochene Erneuerung des Abkommens, nach dem die Italiener, die in Tunis eingewandert sind und diese französische Kolonie aufgebaut haben, seit 1896 die italienische Staatsangehörigkeit behalten dürfen. Es erscheint ausgeschlossen, dass der Faschismus gerade in dieser Frage, die einen Hauptteil seiner Prestige-Politik ausmacht, ohne weiteres nachgibt. Die Ausgleichswerte, die es für eine derartige Nachgiebigkeit als Preis setzen würde, dürften nicht gering sein. Jedenfalls wird ihm

eine Berichtigung der Südgrenze Libyens nicht genügen. Denn diese Berichtigung und weit mehr verlangt Italien schon auf Grund des Londoner Vertrages vom April 1915, der für Italien der Kaufpreis für seinen Eintritt in den Krieg war. Besonders der Artikel 4 dieses Vertrages ist für die Kolonialfragen wichtig. Darin verpflichteten sich Frankreich und England gegenüber Italien, es entsprechend den eigenen Neuerwerbungen an Kolonialland auf Kosten Deutschlands gleich nach Friedensschluss zu berücksichtigen. England erfüllte diese Verpflichtung korrekt durch Hergabe des Djubalandes und von Djerabud. Frankreich aber lässt Italien schon seit mehr als zwölf Jahren auf die Erfüllung eines Versprechens warten. Es will oder wollte sich nicht durch die unaufhörlichen Drohungen des Faschismus, der mit der Eintreibung dieser Wechselforderungen begann, dauernd unter Druck setzen lassen. Es gab zwar ohne weiteres zu, dass die paar tausend Quadratmeilen Wüstensand, die es Italien 1919 zur Abgrenzung Lybiens gewährte, keineswegs den entsprechenden Ausgleich darstellen sollten. Der sollte vielmehr im Rahmen der gesamten Kolonialverhandlungen vorgenommen werden. Aber damit liess man sich eben sehr viel Zeit. Der Augenblick schien bisher noch nicht gekommen. Die ständige und gefährliche Spannung, die immer drohender werdenden Forderungen des Faschismus liessen die Zeit dazu nicht günstig erscheinen.

Wenn sie jemals günstig dazu war, so jetzt. Denn die Entspannung ist mit dem Flottenausgleich gekommen, die Stimmung der italienischen Öffentlichkeit gegenüber der sonst so gehassten "lateinischen Schwester" hat sich gewandelt. Die grosse Frage bleibt nur, wieviel Italien eigentlich verlangen wird. In Frankreich fürchtet man, es könnte seinen Machtbereich bis zum innerafrikanischen Tschad-See ausdehnen wollen. Durch die jüngst erfolgte Eroberung der Oase Kufra ist es auf dem Weg dazu. Eine derartige ungeheure Erweiterung seines afrikanischen Machtbereichs würde die Zerreissung des französischen Afrikareiches bedeuten. Da Frankreich darauf nicht einzugehen beabsichtigt, wollte es von Anfang an die Verhandlungen auf die Südgrenze Libyens und die Tunisfrage begrenzen. Aber Italien verlangt zwar sehr viel mehr, um überhaupt etwas Günstiges zu erreichen. Nur darf man nicht annehmen, dass es seinen Anspruch auf Kolonialmandate, den es laut genug erhoben hat, fallen lässt. Frankreich wird, wie schon jetzt klar ist, alles versuchen, um die allzu grossen Kolonialansprüche Italiens mit Geld abzukaufen. Man kennt die materiellen Nöte Italiens, die schon zur Nachgiebigkeit in der Flottenfrage genötigt haben. Man weiss, dass Italien etwa acht Milliarden Lire braucht, um die im Herbst fälligen Verpflichtungen der neunjährigen Inlandsanleihe zu bezahlen. Von diesen Dingen spricht man nicht offen. Aber sie werden eine wichtige Rolle spielen.

Auf jeden Fall hat ganz Europa, Deutschland einbegriffen, ein ernstliches Interesse daran, dass diese nur scheinbar nebensächlichen Kolonialverhandlungen zu einem günstigen Abschluss kommen. Eine Einigung zwischen den beiden Nachbarn bedeutet keineswegs eine neue Entente. Sie bedeutet aber, dass in Europa endlich eine wesentliche Kriegsgefahr weniger besteht und mit dem politische Frieden auch der Wirtschaftsfrieden wieder bessere Aussichten gewinnt.

---

SPD. Paris, 17.März (Eig.Drahtb.)

Der Oustric-Ausschuss der Kammer hat am Dienstag nochmals den früheren Unterstaatssekretär Falcoz verhört. Falcoz hat als Rechtsberater der von der Oustric-Bank kontrollierten Salpa-Gesellschaft monatlich ein Gehalt von 2 000 Franken bezogen und zwar auch noch zu der Zeit, als er Mitglied der Regierung Tardieu war. Er erklärte, dass ihm die betreffende Summe für Dienste gezahlt worden sei, die er der Gesellschaft vor seinem Eintritt in das Kabinett Tardieu geleistet habe. Die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder schenkte dieser Erklärung jedoch keinen Glauben.

Falcoz wird ferner beschuldigt, einem früheren Direktor der Oustric-Bank das Offizierskreuz der Ehrenlegion auf unredliche Weise verschafft zu haben. Auch in dieser Angelegenheit konnte sich Falcoz nicht hinreichend rechtfertigen, sodass ein Berichterstatter ernannt wurde, der prüfen soll, ob Falcoz nicht wegen Ordensschwindels gerichtlich verfolgt werden kann.

---

SPD. Köln, 17.März (Eig.Drahtb.)

Der frühere kommunistische Stadtverordnete Büser hat der KPD den Rücken gekehrt. Er versichert, nie mehr Mitglied dieser Partei werden zu wollen.

Büser spielte bis vor einem Jahre in Köln als kommunistischer Stadtverordneter eine grosse Rolle, bis eines schönen Tages der kommunistische Parteisekretär Sommer auf der Strassenbahn erwischt wurde, als er unberechtigterweise die Freifahrtkarte des Büser benutzte. Sommer wurde damals wegen Betruges zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, Büser, der die Karte angeblich verloren haben wollte, wurde nach 10½ jähriger Dienstzeit aus seiner Stellung bei der Stadt entlassen. Später wurde er Parteisekretär der KPD in Stuttgart. Er scheint aber die Erwartungen seiner kommunistischen Freunde nicht erfüllt zu haben; denn Büser hat jetzt in einem de- und wehmütigen Schreiben an den Kölner Oberbürgermeister um die Wiedereinstellung zu jeder Beschäftigung gebeten. Der Briefschreiber betont in dem Brief, dass er nicht mehr Mitglied der Kommunistischen Partei sei und eine Mitgliedschaft bei dieser Partei nie mehr in Frage komme. Es werde sein Bestreben sein, als Arbeiter nur den Interessen der Verwaltung zu dienen.

---

SPD. Essen, 17. März (Eig.Drahtb.)

Im Verlauf der am Dienstag zwischen dem Arbeitgeberverband Nordwest und den Angestelltenverbänden geführten Verhandlungen forderten die Unternehmer zum Zwecke der Senkung der Selbstkostenpreise einen weiteren Gehaltsabbau von 15 %. Die Angestelltenverbände erklärten nach kurzer Beratung, auf der von den Unternehmern vorgeschlagenen Basis nicht verhandeln zu können. Der Konflikt gelangt nunmehr vor den Schlichter.

---

SPD. Köln, 17.März (Eig.Drahtb.)

Der Kölner Oberstadtsekretär Froehling, der grosser Anleiheschwindeleien zum Schaden der Stadt Köln beschuldigt wird und der am Donnerstag der vergangenen Woche auf dem Transport zum Gefängnis entfliehen konnte, hat sich am Dienstag vormittags der Polizei gestellt. Froehling will das Opfer zweier Holländer geworden sein und von ihnen "nur 4 000 Mark Provision" erhalten haben.

---

SPD. Stuttgart, 17.März (Eig.Drahtb.)

In einer Besprechung der Verteidiger von Dr. Friedrich Wolf und Frau Dr. Jacobowitz-Kienle mit dem Untersuchungsrichter und dem 1.Staatsanwalt ergab sich, dass vor 1½ Jahren an die Ansetzung eines Termines zur Hauptverhandlung gegen die eines Verbrechens gegen den § 218 des Strafgesetzbuches beschuldigten Ärzte nicht zu denken ist.

Auf Veranlassung des Justizministers hat der Oberstaatsanwalt inzwischen

in Sachen Wolf an die Polizei eine Anweisung ergehen lassen, nach der bei den Vernehmungen alles vermieden werden soll, was als unzulässige Beeinflussung oder Einwirkung auf die Zeugen ausgelegt werden könnte. Sobald sich bei den Zeugen offensichtliche Hemmungen gegen die Vernehmung durch Polizeibeamte bemerkbar machen, sollen sie dahin belehrt werden, dass es ihnen freisteht, ihre Aussagen vor dem Untersuchungsrichter zu machen, und dass sie die Aussage verweigern können, falls sie eine Strafverfolgung befürchten.

Dr. Friedrich Wolf hat um die Freigabe der von ihm gestellten Kaution ersucht, da eine Fluchtgefahr nicht bestehe. Auch will er sich beschwerdeführend an die Ärztekammer wenden, weil diese sich zum Werkzeug einer gegen ihn gerichteten Denunziation habe machen lassen.

---

SPD. Die politischen Besprechungen zwischen der Sozialdemokratie und der Reichsregierung, die in der vergangenen Woche zu keinem Abschluss gebracht worden sind, sind am Dienstag wieder aufgenommen worden.

In erster Linie stehen die Erhöhung der Aufsichtsratssteuer und die Erhöhung des Notopfers bei der Einkommensteuer zur Erörterung. Sie sind bereits vom Steuerausschuss des Reichstags beschlossen worden und stehen in der nächsten Woche im Plenum zur Beratung. Der Widerstand gegen beide Forderungen geht in erster Linie von der Deutschen Volkspartei aus. Immerhin ist der Widerstand gegen die Aufsichtsratssteuer wesentlich geringer als gegendie Einkommensteuer. In anderen bürgerlichen Parteien findet man Anhänger der Aufsichtsratssteuer, während die Bedenken gegen das Notopfer bei der Einkommensteuer auch dort, wenn auch nicht im gleichen Masse wie bei der Volkspartei, vorhandensind. Die Reichsregierung betont ebenfalls ihre Gegnerschaft gegen diese geplanten Steuererhöhungen, doch dürfte ihr Widerstand nicht unüberwindbar sein, wenn es gelingt, entsprechende Beschlüsse des Reichstags ohne politische Komplikationen durchzusetzen.

Grosse Meinungsverschiedenheiten bestehen aber auch noch bei der von der Reichsregierung gewünschten Ermächtigung zur selbständigen Festsetzung der Agrar- und Industriezölle. Das Verlangen der Sozialdemokratie geht dahin, unter allen Umständen zu vermeiden, dass durch die Handhabung dieser Zollermächtigung eine Gefährdung der Handelsbeziehungen Deutschland zu den ausländischen Mächten und vor allen Dingen eine Verteuerung der Lebenshaltung eintritt. Durch die Herabsetzung der jetzt geltenden Weizenzölle und durch andere in der gleichen Richtung laufende Massnahmen müsse daher eine jetzt drohende Brotverteuerung vermieden werden. Das ist angeblich auch die Absicht der Reichsregierung. Ueber den Inhalt des Ermächtigungsgesetzes aber liess sich bisher eine Uebereinstimmung nicht erzielen. Dasselbe gilt von der Etatermächtigung, die in erster Linie von der Deutschen Volkspartei verlangt wird, durch die der Finanzminister zu grösster Sparsamkeit verpflichtet sein soll. Gegen dieses Ziel bestehen bei der Sozialdemokratie keine Bedenken. Sie wünscht jedoch, dass diese Ermächtigung zu weiterer Sparsamkeit sich lediglich auf die nicht gesetzlich gebundenen Ausgaben erstreckt, und dass die gesetzlich gebundenen Verpflichtungen, also die Zuschüsse des Reichs zur Sozialversicherung, die Leistungen an die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, an die Kleinrentner, sowie die Krisenfürsorge und die produktive Erwerbslosenfürsorge ausdrücklich von der kün tigen Sparaktion ausgenommen werden.

Meinungsverschiedenheiten bestehen ferner über die Frage, ob der Reichstag entsprechend dem Wunsch der Reichsregierung sich bis Oktober oder November vertagen soll. Gegen diese Vertagung auf ein halbes Jahr spricht die Tatsache, dass das zu einer Verschiebung wichtiger gesetzgeberischer Aufgaben führen würde, falls nicht die Regierung in der Zwischenzeit ohne das Parlament die dringendsten Aufgaben erledigt. Da auch in anderen Parteien die Bedenken gegen eine so langfristige Vertagung des Reichstags geteilt werden, so dürfte man

sich wohl darauf verständigen, wie auch in früheren Zeiten dem Präsidenten des Reichstags die Ermächtigung zu geben, den Reichstag, wenn ein Bedürfnis dazu vorliegt und eine Mehrheit es wünscht, zusammenzuberufen.

Bei der Beratung des Arbeitsetats kam der sozialdemokratische Antrag auf Einstellung von 3 Millionen für Kinderspeisung, die aus der erhöhten Aufsichtsratssteuer gedeckt werden sollen, zur Entscheidung. Für den Antrag, dessen Erledigung die Deutsche Volkspartei vergeblich zu verhindern suchte, stimmtenn mit Sozialdemokraten und Kommunisten auch die Christlich-Sozialen. Die Kommunisten hatten den Antrag gestellt, 6 Millionen zu bewilligen und im Falle der Ablehnung dieser Summe 1 Million vorgeschlagen. Als ihnen der sozialdemokratische Antrag bekannt wurde, erhöhten sie die Summe in ihrem Eventualantrag auf 5 Millionen. Deutlicher als in diesem Fall können die Kommunisten wirklich nicht zeigen, dass es ihnen nicht auf die Sache, sondern immer nur auf die agitatorische Wirkung ankommt.

---

SPD. Weimar, 17.März (Eig.Drahtb.)

Kapitänleutnant Hellmut von Mücke, der am Montag in Weimar in einer öffentlichen Versammlung sprechen sollte, daran jedoch durch ein Verbot des Herrn Frick gehindert wurde, hat deshalb an den Naziminister einen persönlichen Brief gerichtet.

Mücke sagt in dem Schreiben u.a., dass er in der Versammlung habe Aufklärung geben wollen über Zustände moralischer und politischer Art in der Hitlerpartei. Er brauche den Ausdruck Hitlerpartei absichtlich, weil der eigentliche Parteiname irreführend sei. Die Hitlerpartei sei weder national, noch sozialistisch, noch eine Arbeiterparteil Als Grund des Verbotes sei angegeben, dass die Hitleranhänger zu einer Gegendemonstration aufgefordert haben. In allen seinen Versammlungen sei es bisher nie zu Unruhen gekommen. Eine Anzahl bereitgehaltener Fäuste deutscher Arbeiter habe genügt, die Hitlerkrakehler zu veranlassen, ruhig zu bleiben. In keinem deutschen Lande, lediglich in Thüringen, wo Frick seit einem Jahre als Angehöriger der Hitlerpartei das Ministerium des Innern leite, genüge eine hetzerische Aufforderung im Parteiblatt der Nationalsozialisten, um ein Versammlungsverbot auszusprechen. Lediglich in Thüringen beuge sich die Staatsgewalt widerstandslos parteipolitischen Zeitungskrakehlern. Schliesslich bedankt sich Mücke bei Frick für die unfreiwillige Unterstützung, die dieser ihm durch das Verbot gewährt habe und sagt, einen besseren Beweis für seine Behauptungen, dass das Hitlerianertum in einem geordneten Staatswesen eine Unmöglichkeit sei, könnte er sich kaum denken. Im übrigen halte er das Verbot für verfassungswidrig und behalte sich alle weiteren Schritte vor.

Die in letzter Zeit immer wieder zu verzeichnenden willkürlichen Verbote republikanischer Versammlungen haben den Gauvorstand des Reichsbanners für Gross-Thüringen sowie die ihm angeschlossenen Parteien, Sozialdemokratie, Staatpartei und Zentrum veranlasst, bei dem Reichskanzler gegen die in Thüringen der Verfassung widerstrebenden Zustände Verwahrung einzulegen. In dem Schreiben wird die Reichsregierung ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dafür Sorge zu tragen, dass dem Zustand der Rechtlosigkeit in Thüringen ein Ende gemacht wird.

---

SPD. London, 17.März (Eig.Drahtb.)

Trotz des Beschlusses der Südwaliser Bergarbeiterkonferenz, einstweilen die friedlichen Wege zur Verhinderung des Lohnabbaues zu erschöpfen, sind am Dienstag etwa 5 000 Grubenarbeiter in den Streik getreten. Die Verhandlungen zur Beseitigung des Lohnabbau-Schiedsspruchs sind im Gange.

# Reichstags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin,17. März (Eig.Ber.)

Im Reichstag wurde am Dienstag die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums beendet.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Bohm=Schuch sprach für eine allgemeine Regelung und Verbesserung des Schutzes der Arbeitskraft Jugendlicher. Sie wies auf die verheerenden geistigen und seelischen Irrungen hin,die die Erwerbslosigkeit insbesondere bei der Jugend hervorruft und verlangte von der Reichsregierung, alle Einrichtungen zur weiteren Betreuung der Jugend auszubauen. Besonders müsse die Ueberstundenarbeit Jugendlicher völlig beseitigt werden. Es gebe noch immer Jugendliche,die 60 Stunden in der Woche arbeiteten.- Dr. Winschuh von der Staatspartei versuchte,die von Grassmann vor einigen Tagen angeführte Statistik des Internationalen Arbeitsamtes über die Reallöhne zu entkräften. Es sei nicht richtig, dass der Arbeitslohn in Deutschland nur wenig über dem Polens stehe. Das Internationale Arbeitsamt habe Arbeiterkategorien verglichen,die nicht vergleichbar seien. Im Laufe der Aussprache lief ein sozialdemokratischer Antrag ein, für Kinderspeisung 3 Millionen Mark einzusetzen und die Deckung der Einnahmen aus der Erhöhung der Aufsichtsratssteuer zu entnehmen. Nach mehreren kleineren Reden wurde die Beratung abgeschlossen.

Es folgte die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Aeusseren. Der volksparteiliche Berichterstatter Dr. Schnee verwies darauf,dass die Ausgaben um 4½ Millionen Mark gesenkt worden seien. Reichsaussenminister Dr. Curtius enthielt sich aller aussenpolitischen Fragen und gab nur technische Erklärungen zu verschiedenen Positionen seines Haushaltes ab.Er behauptete, dass die starken Eingriffe in die Besoldungsverhältnisse bei manchen höheren Beamten eine Senkung bis zu 40% der gesamten Bezüge hervorgerufen hätte.- Der Zentrumsabgeordnete Schreiber wünschte eine Durchdringung der auswärtigen Missionen mit wirtschaftlichen und sozialem Geiste,- Die Kommunisten liessen durch ihren Redner Stöcker die aus der Presse bekannten Vorwürfe gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie vorbringen. Der Zentrumsführer Joos habe mit anderen Zentrumsleuten gemeinsam in Paris für die Intervention gegen Sowjet=Russland gearbeitet, Der neue Panzerkreuzer solle Russland in der Ostsee bekämpfen.Der grösste Teil der Rede Stöckers war der Versuch, die Sozialdemokratie als eine Partei wilder Kriegshetze gegen Russland hinzustellen.

Im Sinne der deutschen Kapitalisten,die jüngst nach Russland eingeladen und dort gefeiert worden sind, sprach der Wirtschaftsparteiler Sachsenberg.Er rühmte die Energie der russischen Führer und der russischen Massen,die mit Fanatismus an der Durchführung des Fünfjahresplans arbeiteten. Der industrielle Aufbau Russlands sei eine rein russisch=nationale Angelegenheit,die mit den bolschewistischen Ideen gar nichts zu tun habe. Der Lebenstandard des russischen Volkes werde von den Machthabern in einer Weise herabgedrückt,von der man sich kaum eine Vorstellung machen könne. Im Laufe einiger weiterer Reden wurde der kommunistische Abgeordnete Heckert wegen Verhöhnung des Präsidenten aus dem Saal ausgewiesen.

Die einzige aussenpolitische Rede von Rang im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatung hielt der sozialdemokratische Führer Dr.Breitscheid. Er verlangte für den Nachwuchs im Auswärtigen Amt Erziehung zum jetzigen Staat. Mit dem Abgeordneten Sachsenberg sei er der Meinung,dass bei Besetzung der Aemter in erster Linie die Tüchtigkeit massgebend sein soll. Sozialdemokratische Gesinnung schliesse aber diese Tüchtigkeit nicht aus. Einen wirtschaftsparteilichen Antrag, das Auswärtige Amt möge einen Preis für eine Arbeit aussetzen,der die Wirkungen der Reparationen schildere, müsse man ablehnen. Wenn das Auswärtige Amt ein solches Werk bezahle, werde es im Ausland un=

wirksam sein (lebhafte Zustimmung links und in der Mitte). Zur Kolonialfrage sagte Breitscheid, dass Deutschland dieselben Rechte beanspruchen müsse, wie jedes übrige Land. Ob man aber und wann man diese Rechte im Interesse Deutschlands für Kolonien anwende, sei eine Frage, die von Fall zu Fall geprüft werden müsse. Breitscheid verlangt überhaupt auf allen aussenpolitischen Gebieten volle Gleichberechtigung Deutschlands. Wir hätten denselben Anspruch auf Sicherheit wie alle übrigen Staaten. Wie die Sozialdemokratie in der Frage des Panzerkreuzers entscheide, stehe noch nicht fest. Jedenfalls sei bekannt, dass die Sozialdemokratie politische, finanzielle und soziale Bedenken gegen den Kreuzerbau habe, keinesfalls aber dürfe man von einer Aufrüstung sprechen. Er sei nichts anderes als ein Ersatz für schon bestehende und überalterte Schiffe. Der Bau liege durchaus im Rahmen des Versailler Vertrages. Niemand im Ausland habe ein Recht, uns Vorwürfe zu machen und das Panzerschiff mit der Frage der Abrüstung zu verbinden. Es sei eine rein innerpolitische Frage. Als die Kommunisten dazwischen riefen: "Was soll denn eigentlich das Panzerschiff?" antworteten ihnen einige Sozialdemokraten: "Damit die Reichswehr Salut schiesst, wenn die russische Flotte nach Kiel zu Besuch kommt". Breitscheid zog dann aus dem pompösen Empfang der deutschen Industriellen und Scharfmacher in Russland den Schluss, dass die Weltrevolution so bald nicht nach Deutschland getragen werde. Es sei nicht anzunehmen, dass die russischen Machthaber ihre eigenen Geschäftsfreunde totzuschlagen beabsichtigten. Alle in dem Moskauer Prozess aufgestellten Behauptungen von einer Mitschuld der deutschen Sozialdemokratie an Sabotageakten an Russland seien groteske Lügen. Die in dem Prozess genannten sozialdemokratischen Führer seien jeden Tag bereit, vor Gericht die Unwahrheit der Moskauer Behauptungen zu beeiden. Die Sozialdemokratie habe keine intime Kenntnis von den innerpolitischen Verhältnissen, da eine sozialdemokratische Delegation im Gegensatz zu kapitalistischen Delegationen nicht zugelassen werde. Die Sozialdemokratie habe den Wunsch, dass der Fünfjahresplan gelinge. Sie müsste auch wünschen, dass Russland ein Absatzmarkt für deutsche Erzeugnisse werde. Irgendeine Intervention, so sagte Breitscheid warnend, werde die Sozialdemokratie gegen Russland unter keinen Umständen mitmachen. Er warne vor einem solchen Weg

Angenommen wurde ein wirtschaftsparteiler Antrag: "Der Reichstag richtet an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, jede Gelegenheit wahrzunehmen, um die Wiedervereinigung Eupen und Malmedys mit dem deutschen Reich herbeizuführen Es folgten dann stundenlange Abstimmungen über den Haushalt des Arbeitsministeriums. Die Abstimmungen verzögerten sich sehr, weil die Kommunisten wiederholt namentliche Abstimmungen beantragten. Der Antrag, dem Reichsarbeitsminister Stegerwald das Misstrauen auszusprechen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Ansetzung von 3 Millionen Mark für Kinderspeisung machte die deutsche Volkspartei geschäftsordnungsmässige Bedenken geltend. Im Hammelsprung wurde abgelehnt, den Antrag auf die dritte Lesung zu verschieben. Der sozialdemokratische Antrag wurde dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten und der Christlichsozialen angenommen. Abgelehnt wurde ein wirtschaftsparteiler Antrag, öffentliche Mittel auch den privaten Baugesellschaften zuzuführen. Ferner wurde ein wirtschaftsparteilicher Antrag abgelehnt, Rechtsanwälte bei den Arbeitsgerichten zuzulassen. Der sozialdemokratische Antrag auf ein Wohnheimstättengesetz wurde dem Wohnungsausschuss überwiesen. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Reichsregierung auffordert, einen Gesetzentwurf gegen das Doppelverdienen einzubringen. Allen Beamten, Angestellten und Arbeitern in öffentlichen Diensten soll die Uebernahme ausserdienstlicher entgeltlicher Berufstätigkeit grundsätzlich untersagt werden, ausgenommen wissenschaftliche, literarische und kunstschöpferische Betätigung. Ferner enthält der Antrag noch mehrere weitere Bestimmungen gegen Schwarzarbeit und Doppelverdiener. Angenommen wurde ferner eine Reihe von sozialdemokratischen Entschliessungen, die sich der Haushaltsausschuss zu eigen gemacht hat. Danach

sollen weitere Schichten von den Arzneikostenanteilen und der Krankenschein=gebühr befreit werden. Verlangt wird ein Gesetzentwurf zur Herbeiführung der 40=Stunden=Woche, gesetzliche Massnahmen zur Beschränkung der Ueberstunden und zum Schutze der Arbeitskraft Jugendlicher. Ferner soll verboten werden, dass Arbeitgeber gegenüber in Monatsbezügen stehenden Angestellten Kürzungen vornehmen dürfen, wenn die Arbeitszeit sinkt. Weitere Entschliessungen verlangen das Verbot jeder Kinderarbeit und erhöhte Betreuung der Jugendlichen. Von grosser Wichtigkeit ist die Annahme einer sozialdemokratischen Entschliessung, die einen Gesetzentwurf verlangt, der eine Zusammenfassung der Krisenfürsorge und der Fürsorge für Wohlfahrtserwerbslose in ein Gesetz über Arbeitslosenfürsorge fordert.

Gegen 8 Uhr wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Mittwoch 13 Uh:

---

SPD. London, 17. März (Eig.Drahtb.)

Die gesamte englische Presse berichtet ausführlich über das Attentat der drei Nationalsozialisten auf den Hamburger Stadtverordneten Henning, das nach den Meldungen der englischen Zeitungen einen guten Einblick in die deutschen politischen Zustände gewähre.

Der "Manchester Guardian" gibt seinem Artikel die Ueberschrift "Nazi-Mord und sagt: "Es ist schwer für einen Nichtdeutschen zu verstehen, warum in Deutsland so wenig gegen die Radaumacher und Strassenrowdies getan wird. Das erklär sich aus zwei Hauptgründen: einmal, dass in Deutschland politische Verbrechen nicht als Verbrechen betrachtet werden und zweitens, dass die Unterdrückung der politischen Verbrechen die Nazis, die die Hauptübeltäter sind, stärker tre fen würde als die wilden Männer auf der äussersten Linken. Die deutsche Justiz mit ihrem reaktionären Einschlag ist für die Rechte milder als für die Linke. Der Mangel an Unparteilichkeit in politischen Strafsachen hat das öffentliche Vertrauen in die Justiz erschüttert und erfüllt ausserdem die zu den Rechtspar teien zählenden Rohlinge mit der Hoffnung, dass sie irgendwie amnestiert, frei gelassen oder milde behandelt werden."

---

SPD. In Chemnitz wurde der kommunistische Parteifunktionär Fritz Bochmann "wegen Nichtanerkennung der Parteibeschlüsse" aus der KPD ausgeschlossen. Boch mann war seit nahezu 10 Jahren aktiver Funktionär der kommunistischen Bewegung. In der rechtskommunistischen "Arbeiterpolitik" (Brandlerrichtung) begründet er seinen Austritt wie folgt :

"Im "Kämpfer" (das Chemnitzer Kommunisten-Organ.D.Red.) vom 9.März wird mein Ausschluss aus der Partei veröffentlicht mit der Begründung: "Wegen Nicht anerkennung der Parteibeschlüsse". Zur Steuer der Wahrheit muss ich hierzu bemerken, dass die Frage der Anerkennung der Parteibeschlüsse im Ausschlussverfahren gegen mich gar nicht zur Diskussion stand. Der Antrag auf Ausschluss wurde vom Leiter der Zellengruppe Gablenz gestellt, weil ich mir erlaubt hatte einige ihm nicht genehme Ausführungen über die allgemeine Situation in der Arbeiterbewegung zu machen, gegen den in der Partei eingerissenen Führerkultus als nicht mit kommunistischen Prinzipien vereinbar, Stellung nahm, und einige organisatorische Massnahmen der Parteibürokratie kritisierte. Hatte ich bisher geglaubt, als Mitglied und Funktionär einer kommunistischen Partei ein Recht auf freie Meinungsäusserung zu haben, so ist mir durch den Gang der Dinge bewiesen worden, dass dieser Glaube ein Aberglaube war. Die Verhältnisse in der Partei sind heute so, dass langjährige Mitglieder und bewährte Funktionäre von Leuten, die noch nicht das elementarste politische Wissen aufweisen können, geschweige denn das ABC des Kommunismus, oder gar den wissenschaftlichen Kommunismus kennen, aus der Partei gestossen werden. Die angeführte Mitteilung

des "Kämpfers" beweist mir noch, dass es der Parteibürokratie gar nicht so sehr auf die Wahl der Mittel ankommt, wenn sie nur ihren diehstbaren Geistern gerecht wird, deren politische und organisatorische Qualitäten ihr scheinbar höchst gleichgültig sind. Es steht schlimm um eine Bewegung, die die Kritik fürchtet."

---

SPD. London, 17.Märu (Eig.Drahtb)

Der Kampf zwischen den beiden konservativen Mandatsbewerbern im Londoner Wahlkreis St. George ist bis zur Siedehitze gestiegen. Tumulte in den Wahlversammlungen und Hinauswürfe von Schreiern sind an der Tagesordnung.

Die Wahlschlacht ist zu einer grossen persönlichen Auseinandersetzung zwischen Baldwin und den Zeitungskönigen geworden. Selbst die Liberalen und die Arbeiterpartei stehen hinter Baldwin und unterstützen seinen Kandidaten. Soll die politische Zukunft von Parteien oder von jenen Pressebaronen bestimmt werden, "die mit denunehrlichsten und persönlichsten Mitteln, mit Lügen und Fälschungen, Halbwahrheiten und Totschweigen der Gegner das Land mit einer Flut des gedruckten Giftgases überziehen, sie sie vom Kriege her übernommen haben?" - so fragte Baldwin am Dienstag-Nachmittag in einer von vielen Tausenden besuchten öffentlichen Versammlung. Wieder hielt der konservative Führer eine seiner grossen Anklagefeden gegen Rothermere und Beaverbrook.

England erwartet mit grosser Spannung das Ergebnis dieser am Donnerstag stattfindenden Wahl, in der sich die beiden konservativen Richtungen allein gegenüberstehen, und die eine prinzipielle Bedeutung hat für die Zukunft der konservativen Partei und für die politische Entwicklung Englands.

---

SPD. Hamburg, 17.März (Eig.Drahtb.)

Die Kommunistische Partei fordert anlässlich der Beerdigung des ermordeten Bürgerschaftsmitgliedes Henning zu einem eintägigen politischen Massenstreik auf. Einen Erfolg dürfte diese Aufforderung schon deshalb kaum haben, weil die Hamburger Arbeiterschaft in ihrer grossen Mehrheit in der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften organisiert ist.

---

SPD. Die Klage des inzwischen aus der Wirtschaftspartei ausgetretenen Reichstagsabgeordneten Colosser gegen den Führer der Wirtschaftspartei Drewitz wurde am Dienstag vom Landgericht III-Berlin abgewiesen. Die Abweisung erfolgte aus formalen Gründen.

---

SPD. Berlin, 17.März (9½ Uhr abends)

In dem Befinden des ausserordentlich schwer daniederliegenden Abgeordneten Hermann Müller-Franken ist im Verlauf des Dienstag eine Veränderung nicht eingetreten. Der Zustand des Patienten ist nach wie vor ausserordentlich bedenklich.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

## Wie geht es weiter ?

SPD. Drei Angehörige der Nationalsozialistischen Partei haben einen banden mässig organisierten Mord ausgeführt. Als Vorbild haben die Fememorde ihrer Mörderfreunde gedient.

Wie geht es weiter mit den Mördern von Hamburg? Hitler bedauert die unglücklichen Opfer - das heisst die Mörder, nicht die Ermordeten. Er stellt ihnen den Parteirechtsanwalt zur Verfügung und will die Verteidigungskosten tragen. Das ist ein erfreulicher Anfang für die Herren Mörder, und sie werden sich getröstet sagen: es wird schon alles gut gehen. Haben sie doch ihre Erfahrungen!

Auch die Fememörder haben die Unterstützung rechtsradikaler Geldgeber erfahren. Auch sie erhielten ihre Spezialanwälte. Inzwischen sind sie alle amnestiert worden. Einer von ihnen ist Reichstagsabgeordneter der Nationalsozialistischen Partei, sie alle aber werden in öffentlichen Versammlungen als Fememörder vorgestellt und wecken die niedrigsten Blut- und Mordinstinkte. Für sie ging es sehr angenehm weiter; der Weg führte vom kalten Mord über kleine Behelligung durch die Justiz zum Reichstagsmandat und zur Parteiehrenstelle bei Hitler.

Wie wird es mit den Hamburger Mördern weitergehen? Die hätten nicht so brutal und dreist gemordet, wenn sie nicht guten Mutes wären. Was ist den Bombenattentätern geschehen? Sie sind pro forma zu Zuchthausstrafen verurteilt worden, aber es geschieht ihnen nichts, und dank der menschenfreundlichen Einstellung unserer Justiz zu rechtsradikalen Verbrechern laufen sie frei und unbehelligt umher.

Wenn es so weitergeht wie bisher, dann werden die Mörder von Hamburg binnen kurzem von Hitler nicht mehr als unglückliche Opfer bedauert, sondern als Helden gefeiert und in allen nationalsozialistischen Versammlungen bejubelt. Bei der nächsten Reichstagswahl wird man sie dann vorstellen als Kandidaten mit dem Titel: die Kommunisten-Richter von Hamburg.

So könnte es weitergehen, wenn wir nicht alle dafür sorgen, dass es so nicht weitergehen darf!

## Der Werdegang eines Hakenkreuzmörders.

Der Polizeioberwachtmeister Pohl in Hamburg, der den Regierungsrat Lassally niederschoss, ist der typische Nationalsozialist. Er stammt aus angesehener Familie, sein Vater ist Arzt in einer kleinen Stadt in der Lüneburger Heide. Er schickte seinen Sohn aufs Gymnasium. Als Untersekundaner verliess er die Schule und kam in den Krieg. Nach dem Krieg wollte er nicht weiterlernen, er zog das Landsknechtsleben vor. So trieb er sich bei verschiedenen wilden Formationen herum, u.a. auch bei einer der berüchtigten Marinebrigaden. Im Jahre 1925 gelang es ihm, bei der Hamburger Ordnungspolizei Anstellung zu finden. Er war nicht besonders intelligent und wurde öfters verwarnt, weil er sich betrank.

Das ist der typische nationalsozialistische Mörder. Durch den Krieg aus der Bahn geworfen, im Landsknechtsleben in rechtsradikalen Formationen verroht und verwildert, hemmungslos gegenüber dem Menschenleben. Bei solchem Werdegang bedarf seine Tat keiner weiteren Erklärung. Wenn die nationalsozialistischen Hetzredner zum Mord auffordern, werden Subjekte wie dieser Pohl immer schiessen! Offen bleibt nur eine Frage: Wie kam ein solches Subjekt in die republikanische Polizei?

## Frontkämpfer Esser.

Der nationalsozialistische Gauleiter Kaufmann in Hamburg, der sich selbst Orden verlieh, hat einen würdigen Kollegen in dem Münchener Nationalsozialisten Esser. Der spielt sich als Frontkämpfer auf und die nationalsozialistische Presse berichtet über ihn: "Esser ist 1900 geboren, meldete sich mit noch nicht 17 Lebensjahren kriegsfreiwillig, kam 1917 an die Front, erwarb im Grabenkrieg mehrere Auszeichnungen und ist auch verwundet worden."

Die Wahrheit sieht ganz anders aus. Im Jahre 1924 wurde in der völkischen "Deutschen Presse" die folgende eidesstattliche Erklärung eines Kriegsfreiwilligen wiedergegeben :

"Ich war als einjährig-Kriegsfreiwilliger in Augsburg am IV.Bayerischen Feldartillerieregiment. Im Sommer 1918 meldete ich mich freiwillig ins Feld, wurde eingekleidet und in Abstellungsurlaub nach Kempten geschickt. In diesem Urlaub traf ich eines Tages Hermann Esser, der beim IX.Feldartillerieregiment in Landsberg stand und ebenfalls Urlaub hatte. Esser, den ich schon kannte, als er Gymnasiast war, stellte sich vor mich hin und sagte: "Ja, was ist denn mit Dir los, Du kommst doch noch gar nicht dran." Ich sagte ihm daraufhin,dass ich mich freiwillig gemeldet hätte, da ich Kriegsfreiwilliger und nicht Garnisonsfreiwilliger sei, und nun gab mir Esser Namen wie Rindvieh und ähnliche, ich solle es so machen wie er, er gehe nicht hinaus, er kenne den Schwindel, ich solle mich genau so drücken wie er. Ich nannte ihn darauf ein Schwein, und brach jede Beziehung mit Esser ab."

Herr Esser hat niemals gewagt, diese Vorwürfe vor Gericht zu widerlegen - er kann es nicht! Der grosse Frontkämpfer Esser,prominentes Mitglied der Nationalsozialistischen Partei ist demnach nichts anderes als ein ganz gewöhnlicher Drückeberger. Er kennt den Schwindel, und wenn der Wahnwitz seiner Partei Deutschland in einen neuen Krieg verwickeln würde, so würde er es wahrscheinlich ebenso machen wie im Sommer 1918. Er würde ein grosser Held sein - in der Garnison.

## Eine Zierde des Reichstags.

Der Reichstagsabgeordnete der Wirtschaftspartei, der Fleischermeister Schneidewind aus Köln, ist ins Licht der Öffentlichkeit getreten, als er den Reichstag über die Fleischpreise in Köln nach allen Regeln der Kunst anlog.Er ist im Reichstag gestellt und abgestraft worden. Die Öffentlichkeit hat jedoch ein Recht, ein genaueres Porträt dieses wirtschaftsparteilichen Reichstagsabgeordneten zu erhalten. Herr Schneidewind hat als Innungsobermeister von einer kleinen Konservenfabrik tausend Büchsen Sauerkraut gekauft. Als es ihm nicht gelang, die Ware abzusetzen, weigerte sich Herr Schneidewind, sie zu bezahlen Die Lieferfirma erhob Klage, Herr Schneidewind aber berief sich auf seine Immunität und erklärte dem Amtsgericht Mülheim, dass er wegen seiner Immunität nicht zum Offenbarungseid veranlasst werden könne. Dieser wirtschaftsparteiliche Reichstagsabgeordnete hat also bewusst seine Immunität benutzt, um einen Gläubiger um mehrere hundert Mark zu prellen!

Der Herr Reichstagsabgeordnete ist ferner bekannt als Leuteschinder. Er wechselt seine Gesellen alle vier Wochen, die Arbeitszeit beträgt bei ihm 15 - 16 Stunden, er beschimpft seine Gesellen und bedroht sie mit Prügel. Er wird demnächst Gelegenheit haben, sich vor dem Arbeitsrichter zu verantworten.

Es ist keine Ehre für den Reichstag, einen solchen Mann zu seinen Mitgliedern zu zählen!

# Aus aller Welt

## 60 Jahre Arbeiterpolitik.

Ein Jubiläum des deutschen Reichstags - Die erste "Session" - Bebel auf der Rechten - "In diese Quasselbude bringen mich keine zehn Pferde".

SPD. Am 21. März sind 60 Jahre vergangen, seitdem das erste Parlament des Deutscher Reiches zu seiner Eröffnungssitzung zusammentrat.

Am 21. März 1871, mittags 1 Uhr, wurde der erste Reichstag des neugegründeten Deutschen Reiches mit feierlichem Pomp im weissen Saal des Residenzschlosses eröffnet. Umgeben von Prinzen und Generälen, dem Hofstaat und den deutschen Bundesfürsten verlas Wilhelm I. die Thronrede, die von den glorreichen Siegen des eben beendeten Krieges redete und den Reichstag aufforderte, "seine Arbeit zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes zu beginnen." Dann erklärte Bismarck, an diesem Tage zum Fürsten ernannt, den Reichstag für eröffnet. Um 3 Uhr fand unter dem Vorsitz des 86 jährigen Alterspräsidenten von Frankenberg-Ludwigsdorf die erste Sitzung statt. Eine Menge bekannter Namen enthält die Liste der Abgeordneten. Die markantesten Köpfe des Kaiserreiches sassen auf den Bänken des Hauses: Eugen Richter und Windthorst, Treitschke, Gneist und Wilhelm von Kardorff, Lasker und Bamberger, Bennigsen und Simson, der Präsident des Bundestages - und der erste Vertreter des Proletariats - August Bebel, gewählt vom 18. sächsischen Wahlkreis Glauchau-Meerane. Noch schwelgte man in jener kriegerischen Hurrastimmung im Rausche der Siegesdepeschen; erst vor wenigen Wochen war der Präliminarfriede in Versailles von dem niedergeworfenen Frankreich unterzeichnet worden.

Aber das alles war nur eine glänzende Fassade, die die bittere Not des arbeitenden Volkes zu verbergen wusste. "In Wirklichkeit", schreibt August Bebel in seinen Lebenserinnerungen, "verliefen schon die Wahlen ungünstig. Sie fanden statt unter Glockengeläut und Kanonendonner. Die Beteiligung an der Wahl selber war schwach. Im Gegensatz zu den offiziösen Pressestimmen, die von Ruhmesreden und Siegesgeschrei widerhallten, herrschte nirgends Begeisterung für das neue Reich. Der schwere Druck, der auf Handel und Wandel lastete, die erschreckende Arbeitslosigkeit, Folgen des Krieges, der lange und harte Winter, der den Massen der arbeitenden Bevölkerung schwere Opfer auferlegte, schufen im Gegenteil eine sehr gedrückte Stimmung". - Gross ist die Bespitzelung der sozialistischen Vertreter durch die politische Polizei; so weigerte sich Bebels Wirtin, ihn weiter in ihrer Wohnung aufzunehmen, denn in seiner Abwesenheit war die Polizei gekommen und hatte ihr heftige Vorwürfe gemacht, dass sie einem Sozialisten Wohnung gegeben habe. "Wir waren", schreibt Bebel, "in jeder Session auf Schritt und Tritt durch Geheimpolizisten bewacht." - Heikel war die Platzfrage für den Arbeitervertreter. "Als ich in den Reichstag trat", berichtete Bebel, "waren die Plätze auf der Linken besetzt, nur auf der äussersten Rechten gab es noch freie. Dorthin begab ich mich, obgleich mir die Nachbarschaft der ehrenwerten Herren der äussersten Rechten nicht sehr sympathisch war. So entstand jedes Mal im Hause grosse Heiterkeit, wenn die Linke gegen die Rechte stimmte und ich mich auf der äussersten Rechten mit der Linken erhob - unter Larven die einzig fühlende Brust." —

Acht Jahre später: Auf Bismarcks Betreiben wird der Kampf gegen die wachsende sozialistische Bewegung und ihre Führer immer ungesetzlicher und brutaler geführt. Schon im März 1872 verurteilte man Bebel, um ihn im Reichstag

mundtot zu machen, zu einer längeren Festungs- und Gefängnisstrafe und entzieht ihm das Reichstagsmandat. Ein Sturm des Unwillens geht durch die Presse, auch das Zentrum fürchtet für seine Abgeordneten. Als aber 1873 der Reichstag neu gewählt wird, siegt Bebel im selben Wahlkreis mit einem Mehr von 4 000 Stimmen - eine klatschende Ohrfeige für den Gerichtshof, der ihm willkürlich das Mandat aberkannte. Unvorstellbar wird der Terror nach den Kaiserattentaten von 1878, mit der Proklamierung des Sozialistengesetzes. Mit allen Mitteln sucht Bismarck die verhasste sozialistische Opposition im Reichstag, die gegen seine Zollpolitik arbeitet, zu vernichten. Bei den Neuwahlen im gleichen Jahre entbrennt der Wahlkampf in niegekannter Heftigkeit. "Alle bürgerlichen Parteien", erzählte Bebel, "sahen den Kampf gegen uns als vornehmste Pflicht an. Kein Sozialdemokrat darf mehr gewählt werden, wurde die Parole auch in der fortschrittlichen Presse". Auf der anderen Seite kämpft die Polizei mit Haussuchungen. Verhaftungen und allen erdenklichen Schikanen gegen die Sozialdemokratie: Die Gerichte verurteilten in zwei Monaten 521 Personen zu rund 812 Jahren Gefängnis.

Trotz allem erobern sich die inzwischen vereinigten Sozialdemokraten in der Hauptwahl neun Sitze. "Und mit dem Hinauswurf", schreibt Bebel, "war es nichts. Auch in der Stimmenzahl schnitten wir günstiger ab, als wir nach der furchtbaren Hetze hoffen durften. Denn in einer Anzahl Wahlkreise war der gegnerische Terror so stark, dass wir keine Agitation betreiben konnten." Das war ein trübes Kapitel in der Geschichte des Reichstages. Die Sozialdemokratie sollte für die monarchistisch-kapitalistischen Interessen geopfert werden.Aber Bismarck, der Herkules, der sie erschlagen sollte, fiel selbst nach 12 Jahren eines für ihn ruhmlosen Kampfes.

Der erste Reichstag tagte noch in der Leipzigerstrasse. Im Mai 1871 beschloss der Reichstag den Bau eines neuen Hauses. Zehn Jahre später wurde der Entwurf Wallots mit dem ersten Preis ausgezeichnet, 1883 Wallot selber zur Ausführung berufen. Zehn Jahre wurde an dem riesigen, mit Allegorien überladenen Prunkbau, der nahezu 23 Millionen verschlang, gearbeitet, 32 ooo ooo Ziegelsteine, 3o ooo Kubikmeter Sandstein, 2 7oo Tonnen Eisen wurde als Baumaterial verbraucht. Die Einweihung beging man ganz im wilhelminischen Stil: in der Wandelhalle war ein Baldachin errichtet. Der bayerische Gesandte reicht Wilhelm die Kelle, der Reichstagspräsident von Levetzow den Hammer zur Schlusssteinlegung. "Pro gloria et patria - (Für Ruhm und Vaterland) zum Ruhme des Vaterlandes" heisst Wilhelms Geleitspruch. Bezeichnender aber für seine Stellung zum Parlament ist sein Ausspruch:"In diese Quasselbude bringen mich keine zehn Pferde." -

Mit dem Niedergang dieses Systems erhebt sich immer siegreicher der Sozialismus. Von Wahl zu Wahl steigt die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten. Von 1881-1898 steigt die Zahl ihrer Sitze von 13 auf 56, 1903 sind es schon über 80 und in den folgenden Jahren kann nichts den Siegeslauf dieser einst von allen gehassten und verfolgten Partei aufhalten, die heute über 143 Mandate im Reichstag verfügt.

\+ + + P.

Mord und Selbstmord. In Gleiwitz erschoss ein 35jähriger Gastwirt seinen siebenjährigen Sohn. Dann nahm er sich selbst durch Gift das Leben. Finanzielle Schwierigkeiten bilden das Motiv des Dramas.

\+ + +

Versteigerung eines Theaters. In Altona gelangt am 15.April das dortige Schillertheater zur Zwangsversteigerung. Das Theater befindet sich seit längerer Zeit in finanziellen Schwierigkeiten.

\+ + +

# Tetzner vor Gericht.

## Dramatische Szenen im Prozess gegen den Leipziger Versicherungsmörder und seine Frau.

SPD. München, 17.März (Eig.Drahtber.)

Vor dem Regensburger Schwurgericht begann am Dienstag=Vormittag unter ausserordentlichem Andrang von Publikum und Presse der Prozess gegen die Eheleute Tetzner aus Leipzig. Die Anklage lautet gegen den 26jährigen Kurt Erich Tetzner auf ein Verbrechen des versuchten Mordes und ein Verbrechen des Mordes in Tateinheit mit einem Versicherungsbetrug.

### Die Anklage.

Die umfangreiche Anklageschrift schildert das Leben des Hauptangeklagten, das in den letzten Jahren ein Leben ohne grossen materiellen Verdienst war. So verfiel Tetzner auf den Gedanken, sich durch Versicherungsbetrug ein Vermögen zu schaffen. Er liess sich im Oktober 1929 bei vier Lebensversicherungsgesellschaften für insgesamt 145 ooo Mark versichern und zahlte auch sofort die sehr ansehnlichen ersten Prämien. Die Versicherungspapiere bekam Frau Tetzner ausgehändigt. Tetzner suchte hierauf durch ein Inserat in einer Chemnitzer Zeitung einen Reisebegleiter. Der Plan misslang jedoch, weil der hierzu ausersehene Mann ihn im letzten Augenblick im Stich liess. Am 21. November 1929 forderte Tetzner, dem inzwischen die zweite Rate der Versicherungen auf den Nägeln brannte, in Plauen den Handwerksburschen Alois Ortner zur Mitfahrt auf. In der Nähe von Ingolstadt liess er seinen Wagen wegen einer angeblichen notwendigen Reparatur halten. Er veranlasste den Ortner, unter den Wagen zu kriechen und Oel abzulassen. Als Ortner wieder hervorkriechen wollte, versetzte ihm Tetzner mit einem Wagenheber Schläge auf den Kopf und Schultern und suchte schliesslich den sich Wehrenden mit einem aethergetränkten Lappen unschädlich zu machen. Aber auch dieser Versuch misslang. Ortner konnte entfliehen.

### Der Unbekannte.

Tetzner kehrte nach Leipzig zurück und unternahm von dort aus einen dritten Versuch, wozu ihn seine Frau mit einer Tüte Pfeffer zur Unschädlichmachung des neuen Opfers ausrüstete. Am 26. November 1929 nahm Tetzner auf der Fahrt nach dem Süden in der Nähe von Bayreuth einen bis heute noch unbekannten Handwerksburschen in seinem Wagen mit. Etwa neun Kilometer vor Regensburg hielt Tetzner seinen Wagen an, angeblich um Oel nachzufüllen. Er begoss aus einer Reserve=Benzinkanne Tanköffnung, Trittbretter und die ganze hintere Seite des Wagens mit Benzin und, nachdem er aus dem Notsitz seinen Reisekoffer entfernt hatte, zündete er den Wagen an, der im Nu eine einzige Feuersäule war. Der Handwerksbursche, betäubt von der Hitze, konnte den Wagen nicht mehr verlassen und verbrannte bis zur Unkenntlichkeit. Tetzner begab sich noch am gleichen Tage über Regensburg nach München und dann nach Strassburg. Dort wurde er am 5. Dezember 1929 bei dem Versuch, mit seiner Frau zu telephonieren, verhaftet. Ueber Frau Tetzner enthält der Eröffnungsbeschluss im wesentlichen die Anklage, dass sie von Anfang an den Plan ihres Mannes eingeweiht war.

### Ein Widerruf.

Die Angaben aus der Anklageschrift gründen sich auf ein von Tetzner bei seiner Verhaftung gemachtes Geständnis. Fünf Monate später widerrief der Angeklagte dieses Geständnis und gab an, einen Unbekannten fahrlässigerweise überfahren, schwerverletzt und dann erst verbrannt zu haben. Diese zweite Darstellung hielt Tetzner, der übrigens einen gefassten Eindruck macht, auch bei seiner Hauptvernehmung aufrecht. Zu Beginn der Vernehmung in der Hauptverhandlung geht der Vorsitzende auf die Tatsache ein, dass Tetzner auch in einem gewissen Verdacht steht, seine am 7. April 1929 verstorbene Schwiegermutter ermordet zu haben. Kurz vor ihrem Tode hatte Tetzner die sterbenskranke Frau auf 10 ooo Mark versichern lassen; bald danach verschied sie. Angeklagter: "Sie

war ja im letzten Stadium des Krebses". Vors.: "Weshalb liessen Sie die Versicherung abschliessen,wenn Sie wussten,dass sie sterbenskrank ist?" Angeklagter: "Das war ja nicht so schlimm". Vors.: "Dass Sie die Versicherungssumme von 10 ooo Mark so leicht ausgezahlt bekamen,war ihr Unglück,denn dadurch kamen Sie zu ihren furchtbaren Taten". Angeklagter: "Ja, das ist richtig". Vors.: "Sie wollten auch Ihre Mutter versichern lassen, und als Ihre Frau sagte,dass die Mutter voraussichtlich noch lange am Leben sei,sollen Sie geantwortet haben: "Mit 15 ooo Mark in der Tasche bekommt man in der Grosstadt jedes Gift, das man braucht". Angeklagter: "Das ist unwahr, das bestreite ich."

Auf einen kommts nicht an...

Von seiner Frau behauptet Tetzner,dass sie von seinen Plänen gewusst habe. Als er ihr erzählt hatte,dass er seinen Tod vortäuschen wolle, habe sie ihm geraten, doch eine Leiche zu nehmen und nicht erst jemanden zu erschlagen. Darauf antwortete Tetzner: "Ach, Du hast einen Vogel. Man muss dabei Blut sehen. Wo im Kriege so viele Menschen zu Grunde gegangen sind,da kommt es nun auf den einen auch nicht an!"

Den Mordversuch an Alois Ortner gibt der Angeklagte zu. Er erzählt, wie er sich nach diesem missglückten Versuch mit seiner Frau getroffen habe und ihr seinen neuen Plan, einen Menschen bei lebendigem Leibe zu verbrennen,mitgeteilt habe. Vors.: "Sind Sie sich nicht darüber im klaren,dass so etwas das Grausamste ist,was man sich vorstellen kann?" Angeklagter: "Damals war ich mir nicht darüber im klaren".

Der "Autounfall".

Man hört dann die Geschichte von dem angefahrenen Wanderer auf der Landstrasse, den Tetzner in seinen zweiten Mantel eingewickelt und in sein Auto gesetzt haben will. Drei Stunden lang will sich Tetzner in einem Nürnberger Gasthaus aufgehalten haben,während draussen im Auto die Leiche sass. Erst bei Kilometerstein 9 auf der Strecke Nürnberg=Regensburg will Tetzner die Leiche im Auto verbrannt haben. Auf den Einwand des Vorsitzenden,dass es doch seltsam sei, wie sich ein über den Durchschnitt intelligenter Mensch des furchtbarsten aller Morde schuldig bekenne,um eine fahrlässige Tötung zu verbergen,antwortet der Angeklagte,dass ihn ein Mitgefangenen auf diese Idee gebracht habe.

Frau Tetzners Vernehmung.

Frau Tetzner,die ihre Aussage zittern und weinend macht,erklärt,dass sie von den Plänen ihres Mannes Kenntnis gehabt habe aber durch den Tod ihrer Mutter so willensschwach gewesen sei,dass sie keinen erfolgreichen Widerstand zu leisten vermochte.Grosses Aufsehen erregte die ihren Mann schwer belastende Aussage der Frau,dass Tetzner auch seine eigene Mutter hoch versichert habe und dass es ihr immer so vorgekommen sei,als habe er sie vergiften wollen.

Als erster Zeuge trat der frühere Handwerksbursche Ortner auf,der den missglückten Mordversuch im wesentlichen so schilderte,wie er in der Anklageschrift enthalten ist. Der Zeuge hat damals den Vorfall sofort der Polizeibehörde gemeldet,wurde aber von Pontius zu Pilatus geschickt,weil niemand zuständig sein wollte.Dabei hätte eine rasche Nachprüfung durch die Polizei womöglich das letzte Verbrechen verhindern können.-Als der Zeuge wegen der von Tetzner erhaltenen Wunden im Krankenhaus Ingolstadt lag,wurde ihm sogar gesagt,dass ein Automobilist gegen ihn Anzeige wegen Raubversuchs erhoben habe. Nur dem Umstand,der baldigen Verhaftung Tetzners verdanke er es,einem hochnotpeinlichen Verhör entgangen zu sein.Eine andere Zeugin,die bei Frau Tezner im Dienst war,bekundete,dass Frau Tetzner bei der Nachricht über den angeblichen Tod ihres Mannes verhältnismässig gefasst gewesen sei.- Sehr dramatisch gestaltete sich die Vernehmung des Bruders der Angeklagten Frau Tetzner,der behauptete,dass seine Schwester ihrem Manne vollkommen untertan gewesen sei.

\+ \+ \+

"Do X" 2 bald fertig. Wie die Dornierwerke mitteilen,wird voraussichtlich Ende März das zweite Dornierflugschiff fertiggestellt sein und mit den Probeflügen beginnen. "Do X" 2 wird ebensowie "Do X" 3,das sich gleichfalls im Bau befindet, mit 12 italienischen 600 PS Fiat=Motoren ausgestattet sein.

\+ + +

Ein Dorf überfallen. 23 maskierte Räuber überfielen in der Nacht zum Dienstag die in der Kukowina gelegene Dorfgemeinde Valcov,besetzten alle Zugänge zu dem Ort, raubten das Gasthaus und den Kaufladen aus und fuhren ohne Gegenwehr mit der Beute davon. Das Dorf Valcov besitzt keinen Gendarmerieposten.

\+ + +

Riesenfeuer auf Sumatra. Auf der zur sumatranischen Deligesellschaft gehörenden Pflanzung Arnhemia brach aus unbekannter Ursache Grossfeuer aus,das 3 grosse Lagerhäuser, 80 kleinere Gebäude und 1 Lichtspieltheater zerstörte. Nur der Selbstaufopferung der Kulis war es zu danken,dass nicht auch noch ein grosses Benzinlager der Batavischen Petroleumgesellschaft in Brand geriet und explodierte, Die Wohnbaracken der Arbeiter mussten geräumt werden. Der Sachschaden beträgt 300 ooo Gulden.

\+ + +

Ausgehobene Falschmünzerwerkstatt. Die Kriminalpolizei in Hindenburg O.S. hob eine Falschmünzerwerkstatt aus, in der ein Schlosser und ein Bauhandwerker seit längerer Zeit die Herstellung falscher Zweimarkstücke betrieben.

\+ + +

Das Stratosphären=Flugzeug. Demnächst soll das geheimnisvolle Stratosphärenflugzeug der Dessauer=Junkerswerke erstmalig starten. Die ersten Flüge sollen etwa 12 ooo Meter hoch führen, spätere 16 ooo Meter. Der weder für grosse Dauer= noch Geschwindigkeitsflüge gebaute einmotorige Metalltiefdecker hat eine Spannweite von 28 Metern und ein Gewicht von rund 4 ooo Kilo. Die Besatzung wird in einer luftdichten doppelwandigen Höhenkammer untergebracht,deren Druckhaltung und Lufterneuerung durch einen Kompressor hervorgerufen wird. Die Steuerung und das Triebwerk erfolgen mit Hilfe lichtdicht nach aussen geführter Betätigungsorgane von der Kammer aus.

\+ + +

"Graf Zeppelin" startbereit. Ab 23.März wird das Luftschiff "Graf Zeppelin von neuem startbereit sein. Das Luftschiff ist vollkommen überholt worden; Gerippe, Gaszellen und Hülle wurden kontrolliert; am Montag begann die Füllung. Die erste fahrplanmässige Reise wird am 28.März nach Budapest stattfinden.Anlässlich dieser Reise,die im Auftrag des ungarischen Automobilklubs ausgeführt wird, gibt die ungarische Postverwaltung Sonderbriefmarken heraus.

\+ + +

Opfer des Rheins. Nach Ermittlungen des Kölner Polizeipräsidiums sind im Jahre 1930 im offenen Rhein in der Rheinprovinz 216 Personen ertrunken,davon in Köln 62.

\+ + +

Höhepunkt im Bauerprozess. Im Wiener Mordprozess Bauer wurde am Dienstag der Elektromonteur Gustav Richter vernommen,der in seiner Zeugenaussage bekundete, am kritischen Tage, dem 17. Juni 1928, im Lainzer Tiergarten,wo der Mord an Katharina Fellner erfolgte,den Angeklagten Bauer getroffen zu haben. Der Zeuge erklärte, dass ein Irrtum ausgeschlossen sei und dass er in dem Angeklagten bestimmt den Mann der damaligen Begegnung widererkenne. Der Angeklagte Bauer sagte darauf: "Ich habe jene Stelle im Lainzer Tiergarten im Leben nicht betreten".

Gewerkschaftliche Rundschau

## Die Hetze gegen die Bauarbeiter.

SPD. Für das Baugewerbe der Provinz Sachsen und des Freistaats Anhalt wurde ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnkürzung von 15% vorsieht. Im Lohngebiet Magdeburg würden, wenn dieser Schiedsspruch durchginge, die Spitzenlöhne von 1,31 auf 1,11 Mark und im Lohngebiet Halle von 1,29 auf 1,10 Mark herabgesetzt. Die Arbeitgeber haben den Schiedsspruch natürlich sofort angenommen. Die Arbeitervertreter haben ihn abgelehnt.

Den Bauarbeitern will man diesmal in der Lohnfrage gehörig zu Leibe rücken. 15% Lohnabbau schrecken allem Anschein nach die Schlichter nicht. Was sollen aber dann die Bauarbeiter in diesem Jahr verdienen, vorausgesetzt, dass sie Arbeit finden? Ihre Jahresarbeitsverdienste sind doch im vergangenen Jahr mehr als kläglich ausgefallen, und der Jahresverdienst ist, wie der Reichsarbeitsminister im Reichstag erklärte, in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit das Entscheidende und nicht der Stundenlohn. Nach einer Feststellung des Baugewerksbundes ergaben sich im Jahre 1929 Jahresdurchschnittsverdienste von 2044,40 Mark bei den Maurern und 1 577,14 Mark bei den Hilfs- und Tiefbauarbeitern. Das bedeutete für die Maurer einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 39,32 und für die Hilfs- und Tiefbauarbeiter einen solchen von 30,33 Mark. Schwelgen kann man bei solchen Verdiensten wahrhaftig nicht, und das war nun 1929, während das Jahr 1931 für die Bauarbeiter noch schlechter werden soll als 1930. Man rechnet damit, dass 1931 sich der Arbeitslosenstand der Bauarbeiter nie unter 50% bewegen wird. Was soll unter diesen Umständen das Gerede von den "hohen" Bauarbeiterlöhnen, die angeblich einer Belebung des Baumarktes und einer Verbilligung der Wohnungen im Wege stehen? Will man wirklich den Lohnabbau bei den Bauarbeitern in einem grausamen Wahnsinn ausarten lassen?

Die Unternehmerpresse sagt, die Bauarbeiterlöhne stünden durchschnittlich um 30% über den Löhnen ähnlicher Facharbeiter der Industrie. Mehr als tausend mal ist diese Uebertreibung schon zurückgewiesen worden; aber die Legende von den übergrossen Bauarbeiterlöhnen ist anscheinend unausrottbar. Immer wieder muss daher daran erinnert werden, dass nicht vereinzelte Spitzenlöhne in den Grosstädten, sondern die vielen niedrigeren Lohnklassen, die die Masse der Bauarbeiter umfassen, für die Beurteilung des Lohnniveaus massgebend sind. Immer wieder muss betont werden, dass ein Bauarbeiter auch ganz andere Ausgaben hat als ein Fabrikarbeiter. Er ist einem starken Wechsel der Arbeitsstelle unterworfen, was Verteuerung der Fahrspesen und der Lebenshaltung verursacht. Er hat in seiner grossen Masse einen doppelten Haushalt zu führen, er hat stärkeren Kleiderverschleiss, keine sozialen Zulagen, eine Menge Aussetzstunden und -tage infolge ungünstiger Witterung, und sein Urlaub steht in den meisten Fällen nur auf dem Papier. Berücksichtigt man all das, dann wären 30% Lohn mehr nicht zu viel. Diese 30% gibt es jedoch in Wirklichkeit nicht, wohl aber gibt es im Baugewerbe Facharbeiterlöhne von noch nicht einmal 80 Pfennig pro Stunde.

Beim Lohnabbau der Bauarbeiter muss dringend vor gefährlichen Dummheiten gewarnt werden.

SPD.Am Dienstag begannen in Berlin die vom Reichsarbeitsminister angeordneten Schlichtungsverhandlungen für die Herrenkonfektion. Schlichter ist Professor Dr.Brahn. Für die Verhandlungen sind drei Tage vorgesehen.

Die Arbeitgeber haben sich recht viel vorgenommen. Sie haben sehr beträchtliche Verschlechterungsanträge für den Mantelvertrag wie für das Lohnabkommen, die beide infolge der Kündigung durch den Arbeitgeberverband am 31. März ablaufen, angemeldet. Auch in der Herrenkonfektion ist, wie in so manch anderem Gewerbe der Lohnabbauappetit der Unternehmer nicht geringer, sondern nur grösser geworden. Sie gehen fast zu 100% über die Forderungen anderer Unternehmerverbände hinaus, obwohl das Lohnniveau in der Herrenkonfektion wesentlich unter dem Durchschnitt liegt.

Die Gewerkschaften werden, da auch der Mantelvertrag gekündigt ist, vor allem die Arbeitszeitfrage in den Mittelpunkt der Verhandlungen rücken. Dass sie sich gegen den von den Unternehmern angestrebten Lohnabbau energisch zur Wehr setzen, versteht sich von selbst.

---

SPD.Im Reichsfinanzministerium begannen am Dienstag die Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter. Die Regierungsvertreter schlugen einen Lohnabbau um 8% vor. Die Vertreter der Gewerkschaften antworteten darauf, dass für sie in Anbetracht der an sich schon niedrigen Löhne der Reichsarbeiter auch nur ein Pfennig Lohnkürzung untragbar sei. Sie machten einen Gegenvorschlag, dessen Kernstück in der Forderung auf sofortige und unbedingte Einführung der 48-Stundenwoche besteht. Die Arbeitszeitverkürzung bedeute in Verbindung mit den erhöhten sozialen Beiträge der letzten Jahre für den Reichsarbeiter ohnehin schon eine Senkung der Bezüge um einen Betrag, der dem Abbau der Beamtenbesoldung um 6% gleichkomme.

Die Organisationsvertreter begründeten ihren Standpunkt ganz besonders auch mit der Feststellung, dass auf der einen Seite die ganze Lohnsenkung keine Besserung der Wirtschaftslage herbeigeführt habe, auf der andern Seite aber eine Erhöhung verschiedener Lebensmittelpreise bereits zu verzeichnen sei.Die Vertreter der Regierung erklärten daraufhin, sie könnten, da die Anträge der Gewerkschaften einen sehr starken allgemeinen wirtschaftspolitischen Einschlag hätten, ohne vorherige Einholung neuer Instruktionen nicht weiter verhandeln. Die Verhandlungen wurden daher zunächst vertagt. Sie werden voraussichtlich Mitte der kommenden Woche fortgesetzt.

---

SPD.Das Reichsarbeitsministerium hat für die Beilegung des Lohnkonflikts bei der Reichsbahn Herrn Dr.Völckers-Bremen zum Schlichter bestellt.Die Schlichtungsverhandlungen beginnen am Donnerstag Nachmittag 2 Uhr.

Die Eisenbahnerorganisationen sind von der Ernennung Dr.Völckers zum Schlichter nicht entzückt. Sie haben mit diesem Schlichter bei den Verhandlungen über die Arbeitszeit keine guten Erfahrungen gemacht. Es kam damals bei den Verhandlungen zu einem Konflikt, in den sogar der Arbeitsminister eingreifen musste. Unter diesen Umständen ist es nicht recht verständlich, warum das Reichsarbeitsministerium nun abermals Herrn Völckers, dem die Gewerkschaften wenig Objektivität zutrauen, zum Schlichter für einen Tarifstreit bei der Reichsbahn ernannt hat. Gibt es denn keine anderen Schlichter mehr?

---

SPD.Der Arbeitgeberverband des Steinsetz- und Strassenbaugewerbes Mitteldeutschlands fordert einen Lohnabbau von 10%.Unter diesen Umständen sind Schlichtungsverhandlungen unvermeidlich.

Wirtschaft Technik Handel

## Zukunft des Wohnungsbaues.

Eine unvollständige Untersuchung - Sondergutachten der Gewerkschaften - Festhalten an dem gegenwärtigen System.

SPD. Der Enquêteausschuss des Reichswirtschaftsrats veröffentlicht das Ergebnis seiner Untersuchungen über den deutschen Wohnungsbau (erschienen bei E.S. Mittler & Sohn-Berlin). Die Untersuchung musste der Lage der Dinge nach zu einer Erhebung über die Tätigkeit der öffentlichen Hand auf dem Bau=und Wohnungsmarkt werden.

Folgende Zahlen geben eine Vorstellung über den Umfang dieser Tätigkeit. In den Jahren 1926 bis 1929 wurden 1 091 810 Wohnungen (durch Neubau in Wohngebäuden) gebaut. An Wohnungsbaumitteln sind in der Zeit von 1924 bis 1930 rund 5 000 Millionen Mark Hauszinssteuer aufgebracht worden. In derselben Zeit flossen 1 911 Millionen Mark an Zusatzmitteln der Kommunen und an staatlichen Mitteln für landwirtschaftliche Siedlungsbauten und Landarbeiterwohnungen und 1 825 Millionen Mark an Arbeitgeberdarlehen der öffentlichen Hand (Bahn,Post,Reichsbank) und zusätzlichen Mitteln für Dienstwohnungen in den Baumarkt. Das Konjunkturforschungsinstitut hat vor kurzem mal die Gesamtaufwendungen auf 14,03 Milliarden geschätzt, von denen 7 Milliarden Mark aus öffentlichen Mitteln stammen. Die Enquête kommt ebenfalls zu dem Schluss,dass 50 % des für den Wohnungsbau verwendeten Kapitals in den letzten Jahren aus öffentlichen Mitteln aufgebracht worden sind. Damit noch nicht genug. Ein Teil der restlichen Beträge ist ebenfalls von der öffentlichen Hand finanziert worden; die Mittel wurden zwar von privater Seite gegeben, die öffentlichen Stellen haben aber Sicherheit für das Kapital oder für die Zinsen geleistet. Bei dem jahrelang ständig zunehmenden Umfang der Bautätigkeit ist es erklärlich,dass, wie die Enquête feststellt, die Betätigung im Wohnungsbau für die meisten Bauunternehmungen während der letzten Jahre in der Regel die Gewinnquelle gewesen ist.

Die Untersuchungen des Ausschusses über den Wohnungsbau konnten infolge der durch das Reich angeordneten finanziellen Einschränkungsmassnahmen nicht zu Ende geführt werden. Die Erhebung ist also ein Bruchstück,ein Torso geblieben. Zweckmässig wäre es gewesen,wenn man das Material ohne weiteren Kommentar veröffentlicht hätte. Der Ausschuss hatte grösseren Ehrgeiz und hat die Auswertung des Materials versucht. Das ist äusserst bedenklich,da eben eine genügende Verarbeitung des Materials nicht vorhergegangen ist. So sahen sich die Mitglieder des Ausschusses Baade, Baltrusch, Eggert, Hilferding und Tarnow gezwungen, einen Sonderbericht abzugeben. In diesem Sonderbericht stehen sich die verschiedenen Auffassungen über die Zukunft unseres Wohnungsbaues gegenüber. Der Mehrheitsbericht gibt die Ansicht jener Kreise wieder,die möglichst schnell eine rein privatwirtschaftliche Wohnungsbauwirtschaft wieder herstellen wollen. Der Sonderbericht, der u.a. die Auffassung der sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften enthält, setzt sich für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Systems ein.

Der Natur des Mehrheitsberichts entsprechend musste der Sonderbericht eine scharfe und grundsätzliche Polemik werden. Der Sonderbericht wendet sich z.B. gegen die im Mehrheitsbericht vertretene Auffassung,die staatlichen Bausubventionen hätten die Baukosten in die Höhe getrieben, und stellt fest,dass

Preismonopole der Baustoffindustrie und Preisabreden von Bauunternehmern zur Ueberhöhung der Baustoffkosten und der gesamten Wohnungsbaukosten beigetragen hätten, ohne dass sich Staat und Kommunen genügend dagegen wehrten. Das sind Dinge, die der Mehrheitsbericht verschweigt. Dagegen werden die Bauarbeiterlöhne als angeblicher Verteuerungsfaktor ausdrücklich und betont hervorgehoben. Man merkt die Absicht. Der Sonderbericht stellt die Dinge richtig. Er verweist u.a. auf die Unzulänglichkeit der amtlichen Tariflohnstatistik, die nur die Grosstädte erfasst, wo der Lohn naturgemäss höher ist als auf dem Lande und in den Kleinstädten, und so zu Sätzen kommt, deren Durchschnitt nach den Feststellungen der Gewerkschaften kaum von zehn Prozent der Bauarbeiter im Reichsvertragsgebiet erreicht wird. Zahlenmässig wird der Beweis erbracht, dass die Bauarbeiterlöhne sowohl nach ihrer absoluten Höhe wie auch nach ihrer Entwicklung für die in Frage kommende Zeit durchaus in einer Reihe mit dem allgemeinen Lohnniveau stehen.

Der Mehrheitsbericht geht auch auf die viel erörterte Frage der Zins- und Mietszuschüsse ein. Man denkt sich die Dinge so, dass der Mietpreis durch Mietszuschuss gesenkt wird, beispielsweise pro Wohnung und Jahr um 300 Mark. Der Mieter erhält aber diesen Zuschuss nicht, sondern er wird unmittelbar verwendet, um die zweite bezw. dritte Hypothek zu verzinsen und zu tilgen. Von diesem Rezept, das ja von privaten Hypothekenbanken stammt, erwartet auch der Mehrheitsbericht die grosse Besserung auf dem Wohnungsmarkt. Demgegenüber zeig der Sonderbericht, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen.

Anerkannt wird, dass die Hauszinssteuermittel bisher nicht in vollem Umfang der Mietverbilligung zugute gekommen seien. Das liege aber nicht am System. Eine schärfere Kontrolle der Mietpreise würde diesen Zweck zweifellos erreichen. Die Anregung eines Zinszuschusses im Mehrheitsgutachten würde aber nur den Hausbesitzern einen Kapitalgewinn verschaffen. Dann kommt ein anderer und vielleicht der wesentliche Haken. Man kann nur Hypotheken verbilligen, wenn man solche auf dem freien Markt erhält. Ob aber die vorgesehenen Schuldverschreibungen auf dem Kapitalmarkt regelmässig untergebracht werden können, ist eine Sache, die der Sonderbericht mit Recht bezweifelt. Ausserdem würde der Einfluss der öffentlichen Hand auf die Miethöhe beim Zinszuschuss viel geringer sein, als bei der Finanzierung durch Hauszinssteuern, deren Hergabe an zahlreiche Bedingungen geknüpft werden kann.

Aus allen diesen Erwägungen lehnt das Sondergutachten den vorgeschlagenen Finanzierungsplan ab und spricht sich für die Aufrechterhaltung des Systems verbilligter Hauszinssteuerhypotheken aus, solange kein anderer gleichwertiger oder besserer Finanzierungsmodus gefunden ist. Nun seien aber die Hauszinssteuermittel für 1931 gekürzt. Das müsse zu einer Drosselung der Neubautätigkeit führen. Das Reich habe für die Finanzierung der Bauten auf den öffentlichen Markt verwiesen. Um den öffentlichen Markt zu erschliessen, sei die zusätzliche Bereitstellung von staatlichen Zinszuschüssen in Aussicht zu nehmen.

Die gegenwärtige Ordnung des Wohnungsbaus könne nicht ewig dauern. Der Sonderbericht hält es aber für verfrüht, angesichts des noch immer gewaltigen Bedarfs an Wohnungen heute schon eine tiefgreifende Neuordnung in Aussicht zu nehmen. Eine weitere systematische Förderung und Verbilligung des Kleinwohnungsbaus durch staatliche Aufwendungen bis zu einer fühlbaren Behebung der Wohnungsnot sei unerlässlich, es sei denn, dass grundlegende Veränderungen der Kapitalsmarktverhältnisse und der Zinshöhe schon früher einen Verzicht auf staatliche Zuschüsse möglich machen sollten. Aber auch nach Wiederherstellung einer von Zuschüssen befreiten Wohnungsbauwirtschaft dürfe die öffentliche Wohnungsbaufürsorge mit ihrem grossen Aufgabengebiet nicht wieder verschwinden. Sie sollte vielmehr in Verbindung mit einem sozialen Mietrecht weiter entwickelt werden.

SPD. Die Entlastung der Reichsbank hat auch in der zweiten Märzwoche Fortschritte gemacht. Die Rückflüsse betragen insgesamt 250,3 Millionen Mark, wodurch sich die gesamte Kapitalsanlage auf 1822,9 Millionen Mark verringert. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks haben um 215,9 Millionen auf 1626,4 Millionen abgenommen.

Für die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen wird abermals eine Erhöhung gemeldet und zwar um 2o,5 auf 2495,3 Millionen. Im einzelnen haben die Goldbestände um o,8 Millionen auf 2286,2 Millionen und die Bestände an deckungsfähigen Devisen um 19,7 Millionen auf 2o9,1 Millionen zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 55,1% in der Vorwoche auf 57,6%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 59,7% auf 62,9%.

---

## Berliner Viehmarkt.

(17. März)

SPD. Mit Ausnahme des Rindermarktes zeigten alle Märkte reichliche Beschickung. Die höheren Preise der Vormärkte haben vermehrt Material herangezogen. Auf dem Schweinemarkt und dem Hammelmarkt betragen die Abschläge bis zu 2 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht. Die Kälberpreise waren besser gehalten. Auf dem Rindermarkt ergaben sich zum Teil Preiserhöhungen bis 1 und 2 Pfennig pro Pfund Lebendgewicht.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a)31-37 (voriger Markt 31-38), b) 25-3o (25-3o), c)21-24 (21-24), d) 18-2o (17-2o), Kälber: a) - (-), b) 65-76 (65-76), c) 53-68 (55-7o) d)32-5o (35-5o), Schweine: a)(über 300 Pfund) 49-51 (51-53), b)(240-300 Pfund) 5o-51 (51-53), c)(2oo-240 Pfund) 48-51 (5o-53), d)(160-200 Pfund) 45-49 (47-52), e)(120-160 Pfund) 42-44 (45-47), f)(unter 120 Pfund) -(-), g)(Sauen) 45-46 (48-49).

---

SPD. Eine Konferenz von Vertretern mitteldeutscher Städte, Kreise und Gemeinden, die in Halle stattfand und sich mit dem Ausbau des Südflügels des Mittellandkanals beschäftigte, fasste eine Entschliessung, in der dem Reichsarbeitsminister laufende zinslose Beträge in solcher Höhe zugesichert werden, dass der Baubeginn finanziell gesichert ist. Die Gemeinden wollen dabei auf die Wohlfahrtserwerbslosen-Unterstützungsgelder zurückgreifen. Selbstverständlich werden die Reichsbehörden das Angebot eingehend überprüfen müssen, ehe sie dazu Stellung nehmen.

---

SPD. Der vom Statistischen Reichsamt errechnete Aktienindex (1924 - 1926=100) stellt sich für die Woche vom 9. bis 14. März 1931 auf 91,8 gegenüber 88,6 in der Vorwoche und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 87,6 (82,6), Gruppe Verarbeitende Industrie auf 81,7 (78,6) und Gruppe Handel und Verkehr auf 113,2 (111,1).

---

## Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 17. März: I. 142 Mark, II. 134 Mark, III. 120 Mark je Zentner. Tendenz: stetig. (Preise unverändert).

---

## Zunehmende Knappheit.

(Berliner Getreidebörse vom 17. März.)

SPD. Nach den Preisrückschlägen am Montag ist das Angebot an Brotgetreide an der Berliner Produktenbörse am Dienstag wieder erheblich geringer geworden; besonders machte sich Mangel an gut mahlfähigem Roggen bemerkbar. Da sich zudem die Kauflust der Mühlen wieder verstärkt hat, konnte sich die Tendenz an der Berliner Produktenbörse wieder leicht befestigen. Prompter Roggen und Weizen gewannen im Durchschnitt je etwa 1 bis 1½ Mark. Auch am Markte der Zeitgeschäfte traten kleine Preisgewinne ein; hier jedoch nur für die späteren Sichten, während der laufende Monat unverändert blieb. Für Roggenmehl und die billigeren Sorten von Weizenmehl haben die Mühlen ihre Forderungen um etwa 25 Pfennige herabgesetzt, ohne dass eine Belebung des Geschäfts erzielt werden konnte. Hafer hatte festere Tendenz.

| | 16.März | 17.März |
|---|---|---|
| | (ab märkische Station in Mark) | |
| Weizen | 289 - 291 | 289 - 291 |
| Roggen | 183 - 185 | 183 - 185 |
| Braugerste | 220 - 230 | 222 - 232 |
| Futter- und Industriegerste | 205 - 220 | 206 - 222 |
| Hafer | 160 - 164 | 160 - 165 |
| Weizenmehl | 35,00-41,00 | 34,75-41,00 |
| Roggenmehl | 26,50-29,80 | 26,25-29,75 |
| Weizenkleie | 13,30-13,60 | 13,30-13,60 |
| Roggenkleie | 12,50-12,75 | 12,50-12,75 |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 301-300½ (Vortag 301), Mai 303½-301½ (302½), Juli 302-300 (301), Roggen März 200 plus Geld (200), Mai 202-202¼ (202), Juli 198½-199 (197¼). Hafer März 172-171½ Brief (171). Mai 178¼-177¼ (177½), Juli 185¼ (184½).

## Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 17.März)

| | | |
|---|---|---|
| Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) | RM | 0,50-0,65 |
| " " Weizenstroh " | " | 0,50-0,60 |
| " " Haferstroh " | " | 0,45-0,65 |
| " " Gerstenstroh " | " | 0,50-0,65 |
| Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt | " | 0,70-0,95 |
| Bindfadengepresstes Roggenstroh | " | 0,55-0,75 |
| " " Weizenstroh | " | 0,45-0,60 |
| Häcksel | " | 1,25-1,45 |
| | Tendenz ruhig. | |
| Handelsübliches Heu, gesund und trocken | " | 1,30-1,50 |
| Gutes Heu, gesund und trocken | " | 1,80-2,20 |
| Thymothee, lose | " | 2,90-3,25 |
| Kleeheu, lose | " | 2,50-3,00 |
| Mielitz-Heu, lose (Warthe) | " | 1,60-1,80 |
| " " " (Havel) | " | 1,20-1,45 |
| Drahtgepresstes Heu | " | 0,30 über Notiz. |
| | Tendenz behauptet. | |

# Recht für alle

Nr. 2. Berlin, den 17.März 1931.

## Wer haftet bei Automobilschäden?

SPD. Die Haftpflicht für Schäden die durch ein Kraftfahrzeug verursacht werden ist geregelt im Reichsgesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen. Im § 7 dieses Gesetzes heisst es: "Wird beim Betrieb eines Kraftfahrzeugs ein Mensch getötet, der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt, so ist der Halter des Fahrzeugs verpflichtet, dem Verletzten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen."

Die Pflicht zum Ersatz des beim Kraftfahrzeugbetrieb entstandenen Schadens trifft also den Halter des Fahrzeugs. Der Begriff des Automobilhalters ist in der Rechtsprechung des Reichsgerichts festgelegt. Halter ist derjenige, der das Fahrzeug zur Zeit des Unfalls für eigene Rechnung im Gebrauch hat und diejenige Verfügungsgewalt darüber besitzt, die ein solcher Gebrauch voraussetzt. Es kommt nicht darauf an, wer der Eigentümer, der Besitzer oder Besitzdiener des Wagens ist, ausschlaggebend sind vielmehr die genannten tatsächlichen Merkmale. Bei der Entscheidung der Frage, ob der Halter zum Schadensersatz verpflichtet ist, kommt es nicht darauf an, ob ihn ein Verschulden trifft. Die Haftung ist eine sogenannte Gefährdungshaftung und beruht lediglich auf der Tatsache, dass bei dem Betrieb des Kraftfahrzeugs ein Schaden entstanden ist. Nach § 7 Abs. 2 ist die Ersatzpflicht jedoch ausgeschlossen, wenn der Unfall durch ein unabwendbares Ereignis verursacht wird, das weder auf einem Fehler in der Beschaffenheit des Fahrzeugs noch auf einem Versagen seiner Vorrichtungen beruht. Als unabwendbar gilt ein Ereignis insbesondere dann, wenn es auf das Verhalten des Verletzten oder eines nicht bei dem Betriebe beschäftigten Dritten oder eines Tieres zurückzuführen ist und sowohl der Halter als auch der Führer des Fahrzeugs jede nach den Umständen des Falles gebotene Sorgfalt beobachtet haben.

Benutzt ein Dritter das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters, so ist der Halter neben dem Dritten schadensersatzpflichtig, wenn die Benutzung des Fahrzeugs durch sein Verschulden ermöglicht worden ist. In den Fällen des § 7 ist neben dem Halter auch der Führer des Fahrzeugs zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Seine Haftung tritt neben die des Halters, so dass der Verletzte von vornherein beide in Anspruch nehmen kann. Führer ist, wer das Fahrzeug lenkt und seine maschinellen Einrichtungen bedient.

Ein wichtiger Unterschied zwischen der Haftpflicht des Halters und des Führers ergibt sich aus § 18 Abs.1 S.2: Die Haftpflicht des Führers ist ausgeschlossen, wenn der Schaden nicht durch sein Verschulden verursacht worden ist, was der Führer zu beweisen hat. Während sich also z.B. der Halter auf ein Versagen der Bremsen nicht berufen kann, kann das der Führer; diesen befreit der Nachweis, dass der Schaden auf das Versagen einer Einrichtung zurückzuführen ist, jenen nicht. Zu beachten ist ferner, dass die Vorschriften des § 7 keine Anwendungen finden, wenn zur Zeit des Unfalles der Verletzte (Insasse) oder die beschädigte Sache durch das Fahrzeug befördert wurde oder der Verletzte bei dem Betrieb des Fahrzeuges tätig war.

Die Ansprüche auf Grund des Kraftfahrzeuggesetzes verjähren in zwei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Ersatzberechtigte von dem Schaden und von der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis aber in 30 Jahren von dem Unfall an. Vergleichsverhandlungen

zwischen dem Ersatzberechtigten und dem Ersatzpflichtigen hemmen diese Verjährung, bis der eine oder der andere Teil die Fortsetzung der Verhandlungen verweigert.

Der Ersatzberechtigte verliert die ihm auf Grund des Kraftfahrzeugsgesetzes zustehenden Rechte, wenn er nicht spätestens innerhalb zweier Monate, nach dem er von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat, dem Ersatzpflichtigen den Unfall anzeigt. Nur dann tritt dieser Rechtsverlust nicht ein, wenn die Anzeige aus einem Umstande unterblieben ist, der weder auf Vorsatz noch Fahrlässigkeit des Ersatzberechtigten beruht, oder wenn der Ersatzpflichtige innerhalb der bezeichneten Frist auf andere Weise von dem Unfall Kenntnis erlangt hat.

In § 12 ist der Haftung auf Grund des Kraftfahrzeuggesetzes eine Höchstgrenze gesetzt; über diese Grenze hinaus haften Halter bezw. Führer nur, wenn sie ein Verschulden trifft. Erwähnt sei schliesslich noch, dass auf Grund des Kr.F.G. Schmerzensgeld niemals verlangt werden kann; wohl aber auf Grund der §§ 823 ff.BGB.; allerdings muss hier der Verletzte dem Halter oder Führer ein Verschulden nachweisen. Für Klagen auf Grund des Kr.F.G. ist neben dem allgemeinen Gerichtsstand auch das Gericht zuständig, in dessen Bezirk das schädigende Ereignis stattgefunden hat.

---

SPD. Achtung! Ausschlussfristen im Aufwertungsrecht. Im Gesetz über die Bereinigung der Grundbücher (Aufwertungsschlussgesetz) sind die Ausschlussfristen für die Eintragung der Aufwertung in das Grundbuch sehr kurz bemessen. Der Antrag, die Aufwertung einer Hypothek in das Grundbuch an der Rangstelle einzutragen, die sich aus dem Aufwertungsgesetz und dem Gesetz über die Verzinsung aufgewerteter Hypotheken vom 9.7.1929 ergibt, muss bis zum Ablauf des 31.März 1931 gestellt sein. Bei Versäumnis dieser Frist erlischt die aufgewertete Hypothek, deren Geldbetrag im Grundbuch in einer nicht mehr geltenden inländischen Währung (Papiermark) bezeichnet ist. Ist die Hypothek noch im Grundbuch eingetragen, so erfolgt die Löschung von amtswegen. Eine neue Hypothek wird auf Antrag des Gläubigers an der nächstbereiten Rangstelle, also hinter den im Grundbuch vorangehenden Rechten in gleicher Höhe eingetragen. Diese Vorschriften, welche die dingliche Seite des Aufwertungsrechts betreffen, werden entsprechend auf Grund-, Rentenschulden und Reallasten angewandt. Persönlich gesicherte Forderungen werden hierdurch nicht berührt.

---

SPD. Urlaub und Krankheit. Ist ein Arbeitnehmer vom Beginn des Urlaubsjahres an krank gewesen und daraufhin vom Arbeitgeber im Laufe des Arbeitsjahres entlassen worden, ohne dass in den bis dahin verflossenen Teilen des Urlaubsjahres Gelegenheit geboten gewesen wäre, eine Freizeit zu gewähren, so steht ihm ein Anspruch auf Zahlung der Urlaubsvergütung zu. (Vergl. R.Arb.G. v. 15.10.30 Arb.Rechtspr.31, S. 70.).

---

SPD. Ledigenzuschlag auch bei Minderjährigen. Zwei einkommensteuerpflichtige Minderjährige wehrten sich gegen ihre Heranziehung zur Ledigensteuer. Sie erklärten, dass sie nach ihrem Alter gar nicht die Möglichkeit hätten, sich zu verheiraten; sie könnten deshalb auch nicht als "ledig" im Sinne der Notverordnung betrachtet werden. Der Reichsfinanzhof hat die Rechtsbeschwerde zurückgewiesen. Nach § 14 der Notverordnung vom 26.Juli 1930 gelten als ledig die Personen, die nicht verheiratet seien, sowie verwitwete und geschiedene Personen, wenn sie aus ihrer Ehe keine Kinder haben. Ausgenommen seien nur unver-

heiratete Frauen, denen Kinderermässigungen zustehen, ferner Steuerpflichtige, die zum Unterhalt der geschiedenen Ehefrau oder eines Elternteils seit einem Jahr mindestens 10 % ihres Einkommens aufwenden und denen deswegen die Einkommensteuer bezw. die Lohnsteuer vor dem 1.Juli 1930 ermässigt worden sei. Minderjährige seien unter den vom Ledigenzuschlag Ausgenommenen nicht genannt. Es komme nicht auf die Möglichkeit, zu heiraten an. Da die Kläger regelmässig niemans zu unterhalten hätten, seien sie leistungsfähiger als Verheiratete. Das rechtfertige aber den Ledigenzuschlag zur Einkommensteuer auch bei Personen, die nach ihrem Alter noch garnicht für eine Heirat in Frage kommen, sofern sie nur selbständig einkommensteuerpflichtig seien.

---

SPD. Ueberstundenzuschlag und Strafrecht. Gegen einen Arbeitgeber, der für zulässige Ueberstunden keinen Lohnzuschlag gezahlt hatte und gegen den deshalb ein Strafverfahren eingeleitet worden war, hat das Reichsgericht als Revisionsinstanz erkannt, dass ein Anspruch auf Ueberstundenzuschlag ein bürgerlich-rechtlicher Anspruch sei, der gegebenenfalls vor dem Arbeitsgericht geltend gemacht werden könne. Das Urteil des Reichsgerichts führt aus, dass die Strafvorschriften des § 11 der Arbeitszeitverordnung sich nur auf die öffentlich-rechtlichen Arbeiterschutzvorschriften der Verordnung beziehen, nicht aber auf § 6a der Verordnung, der in Fällen der sogenannten "produktiven" Mehrarbeit dem Arbeitnehmer Anspruch auf einen Lohnzuschlag gewährt.

---

SPD. Vorsicht bei Zahlungen an Stadtreisende. Nur diejenigen Handlungsbevollmächtigten, die zur Vornahme von Geschäften ausserhalb der Niederlassung des Geschäftsinhabers verwendet werden, sind ermächtigt, den Kaufpreis aus den von ihnen abgeschlossenen Verkäufen abzuziehen. Der Stadtreisende bedarf dagegen einer besonderen Bevollmächtigung zum Inkasso. Diese gilt als stillschweigend erteilt, wenn der Geschäftsherr von dem Inkasso durch den Stadtreisenden weiss oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt davon wissen musste. Diesen Rechtsgrundsatz hat das Reichsgericht in einem Urteil vom 28.November 1930 wesentlich eingeschränkt. Danach kann ein Dritter sich nicht darauf berufen, dass nach Treu und Glauben der Stadtreisende als stillschweigend bevollmächtigt zum Inkasso angesehen werden müsse. Das Reichsgericht weist dabei darauf hin, dass das Interesse der Firmen zu berücksichtigen sei, die sich nur durch Konzentrierung der Zahlungen bei ihrer Kasse vor Verlusten schützen können. Es empfiehlt sich daher, Zahlungen an Stadtreisende nur dann vorzunehmen, wenn der Reisende die Berechtigung zum Inkasso nachweist.

---

SPD. Verstempelung von Miet- und Pachtverträgen. Die Verträge sind stempelfrei, wenn sie die Vermietung oder Verpachtung von Grundstücken oder Teilen von solchen regeln, und wenn der Miet- oder Pachtzins nicht über RM. 1 000,-- im Jahre hinausgeht. Miet- oder Pachtverträge, bei denen der Mietzins höher als RM 1 000.-- im Jahre ist, sind dagegen stempelpflichtig. Für die Steuer haften in diesem Falle beide Vertragsparteien als Gesamtschuldner. Der Stempel beträgt 0,3 % des Miet- und Pachtzinses einschl. der in Geld bestehenden Nebenleistungen.

---

# Juristischer Briefkasten.

SPD. In dieser Rubrik erteilen wir in allen allgemein interessierenden juristischen Fragen unverbindliche Auskunft. Für die briefliche Erledigung der Anfragen bitten wir Rückporto beizufügen.

F.N. in U. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder eines eingetragenen Vereins (e.V.) sind in dem § 21 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches zusammengefasst. Danach sind die Mitglieder eines eingetragenen Vereins berechtigt, ihren Willen durch Abstimmung in der Mitgliederversammlung zur Geltung zu bringen (§ 32) und verpflichtet, die durch Statut festgesetzten Vereinsbeiträge zu zahlen (§ 58). Eingetragene Vereine werden mit der Eintragung juristische Personen. Der eingetragene Verein ist ein selbständiger Träger von Rechten und Pflichten und los gelöst von den Mitgliedern. Ein solcher Verein kann selbständig Vermögen erwerben und Verbindlichkeiten eingehen. Für dieses haftet lediglich das Vermögen des Vereins und nicht die einzelnen Mitglieder mit ihrem eigenen Vermögen. Insofern besteht ein Unterschied zwischen den eingetragenen Vereinen und den Genossenschaften. Bei letzteren haften unter Umständen auch die Mitglieder mit ihrem eigenen Vermögen unbeschränkt oder in dem durch das Statut festgesetzten Umfang

+

Max K.in L. Aus Ihrem Schreiben ersehen wir, dass Sie bisher Ihr Wasser aus einem Brunnen, der ausserhalb des Grundstücks gelegen ist, geholt haben. Wenn nun der neue Hauswirt auf dem Hof einen Brunnen hat setzen lassen, so ist er nicht verpflichtet, Ihnen das Entnehmen von Wasser aus diesem Brunnen zu gestatten, da die Wasserentnahme nicht Gegenstand des Mietvertrages ist. Er kann für die Entnahme von Wasser aus diesem Brunnen von Ihnen ein angemessenes Entgelt fordern. Der von Ihnen geforderte Monatsbetrag erscheint bei weitem zu hoch

+

R.100. Im Gesetz ist über die Höhe der Zimmertemperatur keine Vorschrift enthalten. Ueblich ist eine Temperatur von durchschnittlich 18-20 Grad Celsius. Es muss so geheizt werden, dass auch des Nachts eine normale Zimmertemperatur besteht. Eine Norm, wie lange Abends geheizt werden muss, lässt sich nicht aufstellen. Ist im Mietsvertrag nichts gesagt, so gilt als Heizperiode Oktober bis Ende März.

+

E.S. in B. Im Falle Ihres Todes erhält Ihre Ehefrau Witwenrente unter denselben Voraussetzungen, die für Inanspruchnahme der Invalidenrente erforderlich sind. Ihre Frau kann vor dem 65.Lebensjahre nur die Witwenrente erhalten, wenn sie selbst Invalide ist, d.h., wenn sie 66 2/3 % erwerbsunfähig ist. Nach dem 65.Lebensjahre erhält sie ohne Weiteres die Witwenrente. Die Witwenrente braucht natürlich nicht von der späteren Hinterlassenschaft zurückgezahlt werden.

+

F.M. in D. Es handelt sich hier um eine Erbengemeinschaft. Nach § 2033 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann jeder Miterbe über seinen Anteil am Nachlasse verfügen. Der Vertrag, durch den ein Miterbe über seinen Nachlass verfügt, bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung. Gemäss § 2040 des Bürgerlichen Gesetzbuches können die Erben über einen Nachlassgegenstand nur gemeinschaftlich verfügen. Das Haus kann also nur verkauft werden, wenn alle Erben hiermit einverstanden sind. Die Anzahlung bei einem Verkauf muss an alle Erben gleichmässig verteilt werden, sofern nicht eine andere Vereinbarung getroffen wird. Für den Rest des Kaufpreises wird eine Hypothek für alle Erben eingetragen. Ein Erbe kann also in diesem Falle nicht seinen gesamten Anteil ohne Einwilligung der anderen Erben auf einmal in bar verlangen.

Wegen Störung des Radio-Empfanges wollen Sie sich an die Bezirksfunkhilfe (Haus des Rundfunks) Berlin-Charlottenburg 9, Masuren-Allee wenden.

# Deutscher Reichstag

44. Sitzung vom 17. März 1931.

SPD. Reichstagspräsident Löbe eröffnet die Sitzung um 12 Uhr. Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Frau Bohm-Schuch (Soz) erörtert die besondere Notlage der jugendlichen Erwerbslosen. Bei diesen jungen Menschen komme zu der materiellen noch di schwere seelische Not. Durch Reichsgesetz müsse der jetzige Zustand beseitigt werden, dass jugendliche Arbeiter regelmässig Ueberarbeit leisten müssen, sodass die wöchentliche Arbeitszeit dieser jungen Leute vielfach über sechzig Stunden beträgt.

Abg. Dr. Winschuh (Staatspt.) bezeichnet die Reallohnstatistik des Internationalen Arbeitsamts als höchst irreführend, sodass sie von vielen Ländern nicht mehr ernst genommen werde. Es sei nicht wahr, dass der Reallohn der deutschen Arbeiter weit hinter denen der meisten anderen Länder zurückbleibe. Dieser Trugschluss sei zuruckzuführen auf die groben Konstruktionsfehler der Statistik des Internationalen Arbeitsamtes.

Abg. Frau Eitner (D.Vp.) verlangt grössere Fürsorge für die werdenden Mütter. Die Regierung sollte bald dem Ausschussantrag Rechnung tragen, der Müttererholungsfürsorge in Heimen verlangt. Die Kleinrentnerfürsorge sollte verbessert werden. Dringend notwendig sei eine bessere Wohnungsfürsorge im Elendsgebiet des Kreises Waldenburg.

Abg. Thiel (D.Vp.) bedauert, dass mit Zustimmung der Deutschen Regierung der Personaletat beim Internationalen Arbeitsamt in Genf um 20 % erhöht worden sei. Es sei nicht zu billigen, wenn die Bezüge der leitenden Beamten in Genf in demselben Augenblick erhöht werden, wo die ganze Welt im Zeichen des Lohnabbaues stehe.

Von den Sozialdemokraten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der für Zwecke der Kinderspeisung drei Millionen fordert und die Deckung aus der Erhöhung der Aufsichtsratssteuer vorsieht.

Abg. Funk (Komm) macht die Bergbehörden und das Arbeitsministerium für di letzten Grubenkatastrophen verantwortlich.

Ministerialdirektor Weigelt erwidert dem Abg. Thiel, die Erhöhung des Personaletats beim Internationalen Arbeitsamt sei nicht von diesem Amt beschlossen worden, sondern es sei die Konsequenz des vom Völkerbund beschlossenen neuen Personalgesetzes.

Abg. Schröter-Merseburg (Komm) fordert Erhöhung der Mittel für die Wochenhilfe.

Die Aussprache ist damit geschlossen. Die Abstimmungen werden zurückgestellt.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amts. Verbunden damit ist die Beratung des Notenwechsels wegen Verlängerung des deutsch-rumänischen vorläufigen Handelsabkommens, des deutsch-tschechischen Uebereinkommens über die gegenseitige Hilfeleistung der Sicherheitsorgane, der patentrechtlichen Vereinbarungen mit Südafrika und Guatemala, des Auslieferungsvertrages mit der Türkei, des deutsch-luxemburgischen Schiedsgerichtsvertrages der Änderung des deutsch-englischen Luftverkehrsabkommens, des deutsch-belgischen Grenz-Abkommens, des deutsch-irischen Handelsvertrages und des Schiffssicherheitsvertrages.

Der Ausschuss-Berichterstatter Abg. Dr. Schnee (D.Vp.) weist daraufhin, dass der Etat des Auswärtigen Amtes gegen früher um 7,4 Prozent gesenkt worden sei. Leider hätten darunterauch die Mittel für notwendige deutsche Kulturaufgaben im Ausland gelitten. Der deutsche Auswärtige Etat sei trotzdem noch reichlich hoch und müsse weiter gekürzt werden. Die Gehälter dürften freilich nicht soweit gekürzt werden, dass nur noch Leute mit grossem Privatvermögen

die diplomatische Laufbahn einschlagen können.

Reichsaussenminister Dr. Curtius

erklärt, er wolle nicht zur Aussenpolitik im allgemeinen sprechen, sonder nur auf die Verwaltungsfragen eingehen. Im Auswärtigen Amt sei die Sparsamkeit politik nachdrücklich durchgeführt worden. Die Abbaumassnahmen seien noch immer nicht abgeschlossen. Das Schlagwort von der Ueberbesetzung der deutschen Missionen im Ausland sei nicht berechtigt. Immerhin werde auch auf diesem Gebiet weiter an einer Verbesserung der Organisation gearbeitet. Die im vorigen Jahre gegen die Verwaltung des Auswärtigen Amts erhobenen Vorwürfe hätten sich bei genauer Nachprüfung als stark übertrieben herausgestellt.

Abg. Dr. Schreiber (Ztr) wünscht eine Durchdringung der Arbeit der deutschen Missionen im Ausland mit dem Geist der deutschen Wirtschafts- und Sozial politik, sodass jeder Beamte dieser Missionen auch als Exponent der deutschen Wirtschaft im Auslande gelten kann. Die Wirtschaftsabteilung muss vereinheitlicht werden, wie überhaupt die Organisation des Auswärtigen Amts. In seinen Presse-Verlautbarungen hat das Auswärtige Amt nicht immer eine glückliche Hand bewiesen. Wir erwarten vom Minister, dass er mit fester Hand eingreifen wird, um solchen Indiskretionen, wie wir sie in letzter Zeit aus seinem Amtsbereich erfahren haben, ein Ende zu machen. In der Betreuung der deutschen Minderheiten im Ausland darf nicht nachgelassenwerden. Mehr als bisher muss dem Ausland gezeigt werden, welche Musterleistungen Deutschland mit seinen Gesetzen für die dänische und polnische Minderheit in Deutschland aufzuweisen hat. Die Auslandsschulen müssen verbessert und es muss darauf gehalten werden, dass sie auch von den deutschen Botschaftern besucht werden.

Abg. Stoecker (Komm) hält es für notwendig, nicht nur auf Verwaltungsfragen, sondern auf die aktuellen Probleme der Aussenpolitik einzugehen. Rechberg habe recht mit der Behauptung, dass das Aussenministerium sich immer mehr zu einer Unterabteilung des Wehrministeriums entwickelt.

Abg. Sachsenberg (Wirtschaftsp.) hebt die Notwendigkeit von Einsparungen beim Personal des Auswärtigen Amts hervor und erklärt, dass sich die diplomatischen Vertretungen Deutschlands in stärkerem Masse als Wirtschaftsvertretungen fühlen müssten. Von dem ursprünglichen Gebäude der Rapallo-Politik sei nur noch die Fassade übrig geblieben. Die Sowjet-Union habe sowohl aus dem Rapallo-Vertrag als auch aus den folgenden für Deutschland sehr ungünstigen deutsch-russischen Verträgen unendliche politische und wirtschaftliche Vorteile ziehen können, während Deutschland nur einen recht bescheidenen Nutzen aus der mit dem Rapallo-Vertrag eingeleiteten Politik gehabt habe.

Abg. Dr. Schnee (D.Vp.) widerspricht auf Grund seiner eigenen jahrelangen Erfahrungen in den deutschen Kolonien der Ansicht, dass die Kolonisierung einen Rückfall in die Barbarei bedeute. Derartige Anschauungen seien Traumgebilde internationaler Kommunisten. Im Gegenteil dränge die Kolonisierung die ursprünglich vorhandene Barbarei der Eingeborenen-Völker zurück. Die europäischen Kolonisatoren hätten nicht kapitalistische Ausbeutung gegen die Eingeborenen getrieben, sondern diesen erst die Grundlage für eine friedliche und wirtschaftliche Existenz verschafft. (Widerspruch bei den Komm.) Wer dem widersprechе, habe von den Dingen keine Ahnung. (Lebhafte Zwischenrufe von den Komm Abg. Heckert (Komm), der für einen Zuruf zur Ordnung gerufen wird und darauf dem Präsidenten erwidert: "Ich danke Ihnen, Herr Präsident!", wird aus dem Saal gewiesen).

Abg. Abel (Volksnational) weist auf die grossen Aufwendungen hin, die für französische und englisch-amerikanische Kulturpropaganda in der Welt gemacht werden und die nicht aus den offiziellen Etatsmitteln der beteiligten Länder genommen werden, sondern von angeblich unabhängigen Kulturorganisationen. Die an allen nationalen Stammtischen üblichen Angriffe gegen das Auswärtige Amt seien unberechtigt. Das Auswärtige Amt habe heute weit mehr zu leisten als

vor dem Kriege. Es sei ein Jammer, dass für diese Arbeit so geringe Mittel zur Verfügung stehen. Die Tributpolitik der Westmächte werde in ihrem ganzen Widersinn dadurch gekennzeichnet, dass die deutschen Industriellen geradezu gezwungen werden, ihre Geschäfte mit Sowjet-Russland zu machen und so den bolschewistischen Vormarsch gegen diese Westmächte indirekt zu unterstützen.

Abg. Dr. Reinhold (Staatspt.) fordert die Regierung auf, noch vor der Vertagung des Reichstags den polnischen Handelsvertrag zur Ratifizierung vorzulegen. Die Rede des französischen Kriegsministers Maginot müsse der deutschen Regierung Veranlassung geben, die Kriegsschuldfrage zur internationalen Diskussion zu stellen und auf eine Revision der Kriegsschuldklausel zu dringen. Angesichts der grossen Aufgaben des Auswärtigen Amts seien weitere Abstriche an diesem Etat nicht zu verantworten.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz):

Herr Sachsenberg hat von einem italienischen Verrat beim Flottenabkommen mit Frankreich und England gesprochen. Das konnte nur jemand sagen, der ernstlich auf eine ewige Gegnerschaft zwischen Frankreich und Italien spekulierte, und daraus Schlüsse auf eine deutsch-italienische Zusammenarbeit gezogen hat. (Sehr gut! links) Ueber die innere Apparatur des Auswärtigen Amtes spricht man besser im Ausschuss. Auch wir wünschen weitestgehende Sparsamkeit, aber wir wünschen auch, dass die Gefahr einer Plutokratisierung des auswärtigen Dienstes vermieden wird, die nur Anwärtern mit dem nötigen Geld den Eintritt in den auswärtigen Dienst ermöglichen würde. Ein Vorredner hat auch von gewissen Kanälen gesprochen, durch die Indiskretionen vom Auswärtigen Amt zu sehr weit rechts stehenden Parteiengelangen. Wir halten es für unabweislich, dass die jungen Anwärter zum heutigen Staat erzogen werden. Es gilt unter den jungen Attachés geradezu als guter Ton, sich zur Rechten zu bekennen und diese Staatsauffassung den Kollegen als die vornehmere und dem Diplomaten angepasstere zu bezeichnen. (Hört! hört! links) Man stellt bei den Prüfungen sehr hohe Anforderungen, aber gerade die nicht, dass die jungen Herren auf dem Boden des heutigen Staates zu stehen haben. (Sehr wahr! links)

Herr Sachsenberg hat Auskunft über die Ernennung des Dr. Egon Wertheimer zum Mitglied der Informationsabteilung des Völkerbundes verlangt und sich darauf berufen, dass wir parteipolitische Motive bei solchen Ernennungen ausgeschlossen sehen wollen. Das ist richtig, bedeutet aber nicht, dass jemand deshalb, weil er Sozialdemokrat ist, weniger fähig und geeignet für eine solche Stellung sein soll. (Lebh. Zustimmung links) Wir wünschen, dass die deutschen Auslandsvertreter mit den deutschen Schulen und Kolonien in enger Verbindung stehen. Solche Kolonien freilich, wie die in Mittel- und Südamerika, die seit 1914 nichts gelernt haben, die selbst bei offiziellen Feiern statt der Fahne der Deutschen Republik die Kaiserflagge zeigen, solche Kolonien haben die Vertreter der Deutschen Republik zu meiden, und Reichsgelder dürfen für diese Kolonien und ihre Veranstaltungen nicht verwendet werden. (Lebh. Zustimmung links und in der Mitte.)

Nach einem Antrag der Wirtschaftspartei sollen 100 000 Mark für ein Preisausschreiben bewilligt werden, durch das eine besonders beweiskräftige Schrift über den Nachteil der deutschen Reparationsleistungen für Deutschland und für die ganze Welt erlangt werden soll. Eine solcher Art preisgekrönte Schrift würde im Ausland als offiziöse Propaganda erscheinen und sich dadurch selbst um ihre Wirkung bringen. Ein zweiter Antrag der Wirtschaftspartei will im Zusammenhang mit dem deutsch-belgischen Handelsabkommen die Forderung nach Rückerstattung von Eupen und Malmedy erheben. Wir Sozialdemokraten haben die Lostrennung von Eupen und Malmedy immer als einen schweren politischen Fehler und als ein schweres Unrecht gegen Deutschland erklärt. Eine Volksabstimmung würde sicher für die Rückkehr zum Reiche ausfallen. Die gleichzeitige Erhebung dieser Forderung mit der Zustimmung zum Abkommen dürfte nicht zum Erfolg

beitragen. Gegen den Antrag kann man aber nicht stimmen, und so nehmen wir ihn an. Die Kommunisten beantragen, dem Aussenminister jetzt die Missbilligung für seine Rede vom 7.Februar auszusprechen, weil er dort das Recht Deutschlands vertreten hat, wieder Kolonien erwerben zu wollen. Es scheint den Kommunisten erst jetzt das Verwerfliche dieses Auftretens eingefallen zu sein. (Heiterkeit) Wir Sozialdemokraten sind gegen den Erwerb von Kolonien für Deutschland, vor allem deshalb, weil wir davon politische Verwicklungen fürchten, die wir nicht zu ertragen vermögen. Die Gegengründe Dr. Schnees können uns nicht überzeugen. Aber es ist etwas ganz anderes, für ein Recht einzutreten und die Frage zu bejahen, ob es nützlich ist, von ihm Gebrauch zu machen. Der Minister hat nichts anderes getan,als die Gleichberechtigung Deutschlands mit den anderen Staaten zu vertreten. Das missbilligen wir nicht.

Den Hauptteil seiner Rede hat Herr Stöcker zu Angriffen gegen uns benutzt das muss er ja. Wir werden langsam abgehärtet und hören auf,Ihre Ausführungen allzu ernst zu nehmen. Herr Stöcker hat wieder einmal eine Revolution vorgetragen, die der nichtöffentliche Auswärtige Ausschuss gefasst hat, und worin auf dem Gebiete der Abrüstung und der Sicherheit die volle Gleichberechtigung mit den anderen Ländern auch für Deutschland gefordert wird. Das bezeichnet Herr Stöcker als Forderung und Beginn der Aufrüstung. Dabei weiss er genau so wie alle, dass wir uns im Auswärtigen Ausschuss bei jeder Gelegenheit denen entgegenstellen,die ein Recht Deutschlands zur Aufrüstung fordern; aber aus agitatorischen Gründen hält Stöcker es für zweckmässig, von diesem Wissen keinen Gebrauch zu machen. (Sehr wahr!) Wir haben die Bemühungen der Herren Graf Westarp, von Seeckt usw. jedes mal als durchaus verfehlt bezeichnet,wir haben stets gesagt,dass die ganze Kraft unserer auswärtigen Politik in den nächsten Monaten und Jahren darauf einzustellen ist,dass die Anderen zur Abrüstung genötigt werden. Wenn nun freilich von vornherein es als ein Unrecht bezeichnet, für Deutschland Gleichberechtigung auf diesem Gebiet zu fordern, so arbeitet man denjenigen in die Hände,die, wie der französische Kriegsminister Maginot in der Kammer auseinandergesetzt hat, der Auffassung sind,die besiegten Staaten und besonders Deutschland müssten für alle Zeiten auf dem Gebiete der Abrüstung strenger behandelt werden,als die Siegerstaaten. Wenn Herr Stöcker die Forderung der Gleichberechtigung als Aufrüstungspropaganda hinstellt,so liefert er denjenigen Material, die nur nach Vorwänden suchen,nicht abzurüsten. (Lebh.Zustimmung.-Andauerndes Geschrei der Komm.) Vielleicht ist Herr Stöcker sich nur nicht klar gewesen über die Tragweite seiner Worte. Aber nun können andere sich darauf berufen,dass Deutschland von den Nationalisten bis zu den Sozialdemokraten die Aufrüstung wolle und daraufhin die anderen eben nicht abrüsten. (Andauernde Zurufe der Komm.) Nun,wenn Schöpflin gemeint hat,dass Zusammengehen mit Herrn Groener sei ihm angenehmer,als etwa mit Herrn Stöcker, so wird er dafür seine Gründe gehabt haben. (Heiterkeit) Herr Stöcker hat auch unsere Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers B vorweggenommen. Zunächst hat meine Fraktion einen Entschluss auf diesem Gebiet noch nicht gefasst. Wir haben die schwersten Bedenken gegen den Bau, sowohl allgemein politische wie finanzielle und soziale. Aber nicht benutzen kann man das Argument,dass der Bau dieses Schiffes unter den Begriff der Aufrüstung falle. Welche Mehrheit immer den Bau dieses Schiffes beschliessen mag,er ist und bleibt nichts anderes als der Ersatz für ein schon vorhandenes Schiff und bleibt damit durchaus im Rahmen der Versailler Vorschriften. (Gelächter der Komm.) Im Gegensatz zur Rechten sind wir nicht der Meinung,dass unter allen Umständen Versailler Wehrvorschriften vollkommen ausgeschöpft werden müssen. Aber niemand im Ausland hat das Recht,Deutschland irgend einen Vorwurf aus diesem Schiffbau zu machen,der sich im Rahmen des Versailler Friedens hält; auch deshalb nicht,weil das Ausland bis heute die feierliche Abrüstungsverpflichtung von Versailles nicht ausgeführt hat. Der Bau des Panzerkreuzers B

hat mit dem Problem der Abrüstung und Aufrüstung nicht das Geringste zu tun. (Lebh.Zustimmung.-Gelächter der Komm.)

Weiter hat Herr Stöcker versucht,durch Indizien eine Mitwirkung der deutschen Sozialdemokratie bei angeblichen Sabotageversuchen gegen den russischen Fünfjahrplan und sogar bei Interventionsabsichten gegen Sowjetrussland zu beweisen. Zwei russische Ereignisse waren in der letzten Zeit von besonderem Interesse: der pompöse Empfang und die herrliche Bewirtung der deutschen Industriellen, die wohl die Schlussfolgerung gestatten,dass die russischen Bolschewisten sobald die Weltevolution nicht nach Deutschland tragen werden,da man doch nicht seine eigenen Geschäftsfreunde ruinieren will. (Heiterkeit.-Lärm der Komm.) Das andere Ereignis war jener Prozess,der nach Stöcker die Mitschuld der deutschen Sozialdemokratie an angeblichen Sabotageakten in Russland erwiesen haben soll. Wir kennen die Anklageschrift, wir haben auch die Zeugenaussagen rechtzeitig zugesandt erhalten. Darin steht auch,dass ich persönlich an Besprechungen über solche Sabotageakte teilgenommen hätte. (Heiterkeit) Das ist nicht dümmer,als das übrige. Wir erklären,dass alles, was über Abramowitsch und über die deutsche Sozialdemokratie dort behauptet und gesagt wird, nichts anderes als eine groteske Lüge ist. (Lebj.Zustimmung der Soz.) Wenn die Kommunisten glauben,noch etwas mehr darüber sagen zu können,so bitte ich Sie, den Widerspruch aufzuklären, der zwischen den ganz unkontrollierbaren Aussagen der Angeklagten in Moskau und den Aussagen von Leuten besteht,die hier in Deutschland jeden Tag bereit sind, ihre Aussagen vor jedem Gericht unter Eid zu wiederholen. (Zuruf von den Komm.: Warum kommen sie nicht nach Russland?) Ja,weil sie nicht erschossen werden wollen! (Gelächter und Geschrei der Komm.)

Wenn wir auch uns von den russischen Verhältnissen nicht so überzeugen können, wie Herr Sachsenberg und andere,denn Untersuchungsreisen unserer Partei stossen auf weit geringere Sympathie, so haben wir durchaus den Wunsch, dass der Fünfjahrplan gelinge, die russische Wirtschaft und mit ihr die russischen Arbeiter sich in jeder Weise erholen mögen. In der Erfüllung dieses Wunsches sehen wir keine internationale Gefahr. Ein Land,das sich wirtschaftlich nicht absperrt, kann auf die Dauer ein viel besserer Absatzmarkt für ausländische Waren werden und damit den deutschen Arbeitern viel mehr nützen,als durch seinen heutigen Zustand. Deshalb wäre es töricht,wenn wir diese Tatsache nicht anerkennen würden. Wir haben den Eindruck,dass gewisse Leute die Aussichten auf eine Verwirklichung des Fünfjahrplanes als grosse Gefahr hinstellen, um ihre Vorschläge einer irgendwie gearteten Abwehraktion gegen Russland dahinter zu verstecken. Herr Sachsenberg hat das offen gesagt, soweit die Handelsvertragspolitik in Betracht kommt. Andere sprechen von anderen Massregeln. Wir aber warnen vor der Betretung solcher Wege. Alles,was in Russland geschehen mag, und sehr vieles geschieht ohne unseren Beifall, kann uns nicht dazu bestimmen,irgend eine Gemeinschaft mit Plänen einer Intervention in Russland oder irgendwelcher Massnahmen,die über das handelspolitisch Uebliche hinausgehen, gegen Russland mitzumachen. (Andauerndes Geschrei der Komm.) Ihnen passt das nicht; Sie haben keinen grösseren Wunsch, als beweisen zu können, dass wir deutschen Sozialdemokraten eine Intervention gegen Russland wollten. Wir sind dazu nicht nur nicht bereit, wir warnen nachdrücklich das Auswärtige Amt und alle sonst in Betracht kommenden Instanzen vor einer solchen Politik. Das Auswärtige Amt darf sich die Politik gegenüber Russland von keinem anderen Ressort aus der Hand nehmen lassen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Wege der auswärtigen Politik, die wir gehen, sind vollständig im Einklang mit den besten sozialistischen Ueberlieferungen; diese Wege werden schliesslich zum Segen Europas und zum Segen Deutschlands führen! (Lebh.Beifall der Soz.)

Nach weiteren Reden der Abgg. Frau Dr. Matz (DVP.) und Dr. Jörissen(WP.)

wendet sich Abg. Joos gegen die Behauptungen Stöckers.

In der Abstimmung wird der kommunistische Misstrauensantrag gegen Reichsaussenminister Dr, Curtius gegen die Antragssteller abgelehnt.- Abgelehnt wird auch der kommunistische Antrag auf Missbilligung der Erklärung des Aussenministers über eine "koloniale Wiederbetätigung Deutschlands".- Der Haushalt wird angenommen,die verschiedenen Staatsverträge werden genehmigt.

Die Entschliessung der Wirtschaftspartei über Eupen-Malmedy wird ebenfalls angenommen.

Es folgen die Abstimmungen zum Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.Vor der Abstimmung über den kommunistischen Misstrauensantrag erklärt

Abg.,Köster (WP.),seine Fraktion lehne den Misstrauensantrag ab,sie spreche damit nicht dem Minister Stegerwald ihr uneingeschränktes Vertrauen aus, wolle ihm aber Gelegenheit geben, die schädliche Politik seiner Vorgänger wieder gut zu machen.

In namentlicher Abstimmung wird der kommunistische Misstrauensantrag gegen den Arbeitsminister mit 308 gegen 54 kommunistische Stimmen abgelehnt.- Den sozialdemokratischen Antrag auf Bewilligung von drei Millionen für Kinderspeisung beanstandet der Volksparteiler Cremer damit,dass die darin vorgesehene Deckung aus der Tantièmesteuererhöhung noch nicht gesetzlich begründet sei, da diese Steuer noch nicht verabschiedet ist. Dem Sozialdemokraten Aufhäuser bestätigt Präsident Löbe,dass solche Deckungsvorschläge schon wiederholt als ausreichend erachtet worden sind.- Der Kommunist Torgler erinnert daran,dass die bürgerlichen Parteien beim Wirtschaftsministerium über 700ooo Mark zur Fortführung eines Bergbaus bewilligt haben,wofür man jetzt noch die Deckung sucht. Im Hammelsprung wird der Antrag Cremer auf Zurückstellung der Entscheidung bis zur dritten Lesung mit 178 gegen 159 Stimmen abgelehnt und der sozialdemokratische Antrag angenommen. Nach Ankündigung des Präsidenten soll bis zur dritten Lesung eine grundsätzliche Einigung über die Behandlung der Deckungsfrage herbeigeführt werden.

Gegen 20 Uhr sind die Abstimmungen und der Haushalt erledigt.Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 13 Uhr: Haushalt der Reichspost und Gesetz über mündelsichere Papiere.

# Preußischer Landtag

SPD. Berlin, den 17.März 1931

Vor Eintritt in die Tagesordnung legt Abg. Schulz=Neukölln (Komm.) einen Antrag seiner Fraktion vor, der verlangt,dass das Ergebnis der Ministerbespre=chung über Massnahmen gegen die proletarische Kulturpropaganda sofort dem Land=tag bekanntgegeben wird. Die polizeiliche Schliessung der kommunistischen Presse= und Kulturausstellung in den Pharussälen in Berlin soll sofort auf=gehoben werden. Abg. Schulz beantragt sofortige Beratung dieses Antrages und Herbeirufung des hierfür zuständigen Ministers des Innern Severing.

Abg. Jürgensen (Soz.) wünscht Verbindung dieses Antrages mit der Beratung des Haushaltes des Innenministeriums.- Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) sieht dar=in eine Verschleppung der Angelegenheit. Wegen beleidigender Ausdrücke erhält er zwei Ordnungsrufe.- Die sofortige Beratung des kommunistischen Antrages scheitert am Einspruch der Sozialdemokraten.- Ohne Aussprache wird ein An=trag des Zentrums auf Erschliessung der rechtsemsischen Moore der Ausschussbe=ratung überwiesen.

Das Haus beginnt die zweite Beratung des Haushalts des Kultusministeriums.

Kultusminister Dr. Grimme

teilt zunächst in Beantwortung der deutsch=volksparteilichen Grossen Anfrage über die Abhaltung von Reichs=Gründungsfeiern in den preussischen Schulen mit, dass zwar kein allgemeiner Runderlass auf solche Feiern an die Schulen ergan=gen sei. Aber die Schulen hätten schon aus der Flaggenanordnung und aus der Tatsache der Teilnahme der preussischen Minister an den Berliner Feiern ent=nehmen müssen,dass sie selbstverständlich in irgend einer Art dieses Tages gedenken mussten. Ueber die Zeit sei unsere Lehrerschaft nun wirklich hinaus, wo sie sich an die stundenweise Absolvierung eines starren Pensums gebunden halten müsste. Es stehe ausserhalb aller Parteipolitik,dass die Reichsgründung ein bedeutsames Ereignis der deutschen Geschichte war. Ein selbstbewusster Staat werde auch keine Sorge um seinen Bestand haben,wenn er den Kräften der Tradition und der Leistung der Vergangenheit Respekt erweise. Die Schuld an der Unsicherheit einzelner Schulen liege bei der Rechten,die bei jeder Gelegenheit erkläre,dass jedes andere als eine Rechtsregierung hinsichtlich der nationalen Zuverlässigkeit verdächtig sei. Die Erinnerung an ein gemeinsames Stück deut=scher Geschichte sei aber kein Monopol einer politischen Richtung; und es ge=be nicht nur ein von der Rechten approbiertes Nationalbewusstsein. Der Zwi=schenfall in Frankfurt a.O. gehe auf einen Kompetenzstreit zwischen der dorti=gen staatlichen und städtischen Schulverwaltung hinaus. Wer den Frankfurter Regierungspräsidenten trotzdem in diesem Zusammenhang weiter beschuldige,spre=che aus Unkenntnis oder Verleumdungssucht. Wenn die Anfrage der D.V.P. von einem Gegensatz zu den Anweisungen über die Verfassungsfeier in den Schulen spreche, so hätte die Volkspartei sich bei ihrer im Reichskabinett vertrete=nen Reichstagsfraktion erkundigen sollen,warum im gleichen Gegensatz auch das Reich zur Reichsgründungsfeier keine Anweisungen auf allgemeine Feiern und Schulfeiern an die Länder zum 18. Januar herausgehen liess. Von einem Gegen=satz zwischen Reichs= und Preussenregierung in dieser Frage könne gar keine Rede sein.

Zu der deutschnationalen Grossen Anfrage über die politische Betätigung der Schüler erklärt der Minister,dass sich zwischen Schulleben und übrigem Leben keine Brandmauer ziehen lasse. Keiner politischen Richtung werde es ge=lingen, die Politik wieder aus der Schule herauszukomplimentieren. Mehr als früher sei die Schule heute gegenüber der Jugend nur eine formende Kraft und sogar die schwächere neben Elternhaus,Presse,Bünden,Kameradschaft,Strasse usw.

Deshalb dürfe der Lehrer zwar den Schülern nicht nach dem Munde reden. Die Politik habe aber in der Schule überall da ein Daseinsrecht,wo sie zum Mittel der politischen Urteilsbildung benutzt werde; nicht aber zur politischen Beeinflussung. Hierbei komme alles auf den Takt des Lehrers an. Das Werk der Erziehung sei gegen die Gefahr missbräuchlicher Benutzung der Amtsgewalt des Erziehers nie gefeit. Er stehe zu dem Erlass des früheren Ministers Boelitz,wonach der Lehrer politische Probleme mit den Schülern so besprechen soll,dass er sie von verschiedenen Seiten unparteiisch vorführt und die Schüler mit allen beachtlichen Antworten und Lösungen bekanntmacht, nicht nur mit seinem eigenen Werturteil, Schon durch den Schulunterricht müsse der Blick für die einfache Tatsache geöffnet werden,dass politische Ziele nicht schon erreichbar sind durch blossen jugendlichen Elan und revolutionären Willensentschluss,sondern allein durch die Bereitschaft, dem Gegner durch den Einsatz der gesamten Person, zu der nun einmal auch ein klarer Kopf gehöre, Schritt für Schritt Terrain abzugewinnen. Eine so erzogene Jugend werde es nicht mehr als Verrat am Freunde empfinden,wenn sie auch dem Gegner gegenüber Gerechtigkeit zu üben bereit sei. Dann könnte das Zeitalter der politischen Unduldsamkeit genau so überwunden werden,wie wir aus der religiösen Unduldsamkeit des 17.Jahrhunderts herausgewachsen sind. Als Mittel zu diesem Zweck gehöre die Politik auch in die Schule.

Minister Boelitz habe zu Recht mit starken Worten hervorgehoben,dass die Schule die Zugehörigkeit von Schülern zu staatsfeindlichen Organisationen nicht dulden könne. Diesem Erlass lägen auch die heutigen Anordnungen zugrunde, vor allem diejenigen, die sich gegen die Betätigung des nationalsozialistischen Schülerbundes wenden,der nicht politische Bildung,sondern in aufhetzender Wühlarbeit Erziehung zum Vorurteil gegen den Träger abweichender Meinung wolle. Vielleicht könne man den wahlmündigen Schülern gestatten,an Wahlversammlungen teilzunehmen.

Zu der Grossen Anfrage der Sozialdemokraten über das Verhältnis von Politik und Hochschule führt der Minister u.a. aus, dass es immer nur kleine Gruppen von Studenten waren, die gehetzt, gelärmt und sich unqualifizierbar rüde benommen hätten. Die grosse Masse der Studentenschaft stehe ohne Zweifel dem unverantwortlichen Treiben einer Minderheit innerlich fern und sorge lieber für eine Klärung des Gehirns durch ernstes Studium, als dass sie eine Politik der losen Schnauze treibe. Bei den bekannten Ausschreitungen handle es sich also nicht um den Ausdruck typischer Gesinnung der Gesamtakademikerschaft, Wenn es sich bei den Ausschreitungen nur um blossen Ueberschwang handelte, wäre er der Letzte, der der Jugend ihren Anspruch auf verständnis verkümmern wollte. Kritik der Jugend müsse ein Staat verdauen können. Aber um gesunde Opposition und organische Kritiklust der Jugend handle es sich gar nicht,wenn die Milde der Regierung aufhört. Sowohl der Polizeiminister wie er empfänden tiefste Beschämung darüber,dass deutsche Wissenschaft dem Ausland das Schauspiel gibt,dass der Gummiknüppel gegen randalierende Studenten eingesetzt werden muss. Ein Staat könne aber das Verständnis für die Jugend soweit treiben,dass er Rüpeleien wie z.B. in Kiel gegenüber einem alten Gelehrten ruhig laufen lässt. Gegen solche Versuche,das akademische Leben zu ruinieren und die Freiheit der Forschung zu untergraben,werde auch in Zukunft mit allen Mitteln eingeschritten,wenn es not tut, wiederum mit Mitteln der Polizei,die dann auch nicht Halt machen dürfe vor dem angeblichen Hausrecht der Hochschulen,das es nicht gebe. Die grösste Gefahr für unsere Universitäten sei,dass heute noch nicht jeder Professor sehe,dass jetzt der Staat die Polizei einsetzen muss,um die Idee der Universität zu schützen. Es handle sich wahrhaftig nicht darum, ob diese oder jene Meinung zu dulden sei, sondern um nichts Geringeres als um die Auseinandersetzung zwischen der Möglichkeit einer freien Meinungsäusse-

serung überhaupt und ihrer Unterbindung. Geht,so schliesst der Minister,die Idee der Toleranz zum Teufel,dann stirbt auch die Idee der freien Forschung ab. Wenn der Staat heute die Polizei auf den Plan ruft,dann tut er es,um die Idee der freien Forschung gegen die Totengräber dieser Freiheit mit einem Schutzwall zu umgeben. Wir sollten uns,gleichgültig,wo wir politisch stehen, mit den Hochschullehrern und dem besten Teil der akademischen Jugend in eine Front einreihen,um zu erreichen,dass unsere Hochschulen wieder inmitten der politischen Verwilderung eine Insel der Sachlichkeit und eine Hochburg für die Freiheit des Menschen vom Fluch und von der Last des Vorurteils werden. (Lebh. Beifall).

In der allgemeinen Aussprache wendet sich Abg.Meyer-Magdeburg (Dnat.) gegen die Ausführungen des Ministers. Heute wisse kein Schulleiter mehr, ob er nationale Feiern veranstalten dürfe oder nicht. In der Frage Politik und Schule verlange die Jugend eine offene Stellungnahme zu den Problemen und suche Ideale. Dem müsse der Lehrer entsprechen.

Abg.Dr.Lauscher (Ztr.) hält den Kommunisten vor, dass sie sich auch durch die Finanznot nicht hätten abhaltenlassen, Anträge zu stellen, deren Durchführung Millionen koste. Die Kommunisten wollten die kulturellen Utopien Sowjet-Russlands in Deutschland durchführen. Man sollte dieses Streben ernst nehmen angesichts der Tatsache, dass der Kampf gegen die christlich-germanische Kultur auf der ganzen Linie von den Kommunisten eröffnet sei. Die Anträge der Kommunisten auf völlige Trennung von Staat und Kirche, Aufhebung des Konkordats mit Bayern und des Gotteslästerungsparagraphen zeigten, dass es sich hier um einen Kulturkampf grössten Ausmasses handle. Was anderen Menschen heilig sei, dürfe von der äussersten Linken nicht mit Kot beworfen werden.Das zügellose Treiben der Freidenker-Verbände könne nicht weiter geduldet werden.

Abg.König-Potsdam (Soz.):

Es ist nicht richtig, dass bei den Schulleitern Unklarheit darüber bestanden haben kann, dass Reichsgründungsfeiern abgehalten werden sollten. Dazu hätte es also einer besonderen Anordnung nicht bedurft. Wenn die Rechte jetzt kritisiert, dass eine solche Anordnung nicht ergangen ist, dann wäre es unsere Meinung nach notwendig gewesen, nicht nur Feiern anzuordnen, sondern auch zu bestimmen, wie sie abgehalten werden sollen. Dann hätte man der Jugend nicht nur von der Kaiserproklamation in Versailles erzählen dürfen, sondern von dem heroischen Kampf um die deutsche Einheit seit 1813, und dass die deutschen Fürsten das grösste Hindernis für diese Einheit waren. Dann hätte man der Jugend auch klar machen müssen, dass Ebert 1918 den Zerfall Deutschlands durch seine Tatkraft verhindert hat - sicher hätte aber auch dann wieder die Rechte gegen eine solche Verordnung opponiert. (Sehr wahr! bei d.Soz.)

Schule und Politik sind heute nicht mehr voneinander zu trennen, wenn man nicht Gefahr laufen will, die Jugend zu völlig weltfremden Menschen zu erziehen. Der Unterricht soll lebenswahr sein und deshalb muss die Schule alle Zusammenhänge des öffentlichen Lebens aufzeigen. Dabei darf sie auch nicht an der Hohlheit politischer Schlagworte vorübergehen. Dann wird die Jugend erkennen, was es mit dem Ruf nach dem "starken Mann" und mit dem "Versagen des parlamentarischen Systems" auf sich hat, Sie erhält damit den Beweis, dass alle die Männer versagt haben in den letzten 10 Jahren, die ihr als Führer angepriesen werden. Würde die Jugend auch in dem Geschichtsunterricht die Wirklichkeit sehen, so würde sie den politischen Phrasen nicht zum Opfer fallen. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Der Vorredner hat in verächtlicher Weise über die Dissidenten gesprochen und sie für Menschen minderen Rechtes erklärt. Aber auch er wird nicht behaupten wollen, dass Spinoza oder Tolstoi minderwertig waren, weil sie keiner Konfession angehörten. Die Schwierigkeiten, die sich jetzt der Zulassung dissidentischer Lehrer an den pädagogischen Akademien entgegenstellen ,müssen

beseitigt werden. Wir verlangen, dass durch Schaffung von freien Akademien auch ihnen der Weg zur Ausbildung geöffnet wird. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Die Auffassung, dass Sammelschulen nicht rechtlich begründet sind, bestreiten wir ganz entschieden. Es besteht keine Möglichkeit sie abzuschaffen. Schliesslich steht das verfassungsrechtlich gewährleistete Recht innerer Ueberzeugung über formale juristische Spitzfindigkeiten. Kein Reichsgericht kann anders entscheiden.

Die Verkürzung der Schuljahre auf den höheren Schulen billigen wir. Wir fragen: was kann heute ein Volksschüler werden? Nichts! 95% aller Schüler ist der Aufstieg verschlossen. Dabei ist nicht die Schulbildung allein entscheidend. Leider sind wir durch die Not gezwungen, das Schulwesen umzuorganisieren. Unter allen Umständen muss eine schärfere Auslese getroffen werden. Vor allem ist die grosse Aufgabe zu erfüllen, durch Abbau des Berechtigungswesens auch etwas für die Volksschule zu tun. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Die energischen Massnahmen der Regierung gegen die Staatsfeinde an den Hochschulen begrüssen wir und hoffen, dass sie Erfolg haben werden. (Beifall b.d.Soz.)

Abg.Dr.Ausländer (Komm.) wendet sich scharf gegen die geforderten Massnahmen gegen die Gottlosenverbände.

Abg.Dr.Boelitz (Dt.Vp.) bedauert, dass der Minister nur die grossen Anfragen beantwortet, nicht aber über politische Fragen gesprochen hat. Die einjährige Tätigkeit des Ministers habe grosse Unruhe im Volke hervorgerufen. Das gelte besonders von der Abschaffung der Reifeprüfung und des Bildungsprivilegs. Dadurch würde die höhere Schule zerstört. In der Personalpolitik werde nach parteipolitischen Grundsätzen verfahren, Protestanten würden gegenüber Katholiken zurückgesetzt.

Weiterberatung Mittwoch, 12 Uhr.

---

## Landtags-Stimmungsbild.

SPD.Berlin, 17.März (Eig.Ber.)

Im Preussischen Landtag begann am Dienstag die zweite Lesung des Kultusetats. Als erster Redner nahm Kultusminister Grimme das Wort, um unsere grosse Anfrage zu beantworten. Seine Antwort war eine Auseinandersetzung mit dem Zeitproblem "Schule und Politik."

Zunächst ging der Minister auf eine Anfrage der Deutschen Volkspartei ein, in der beanstandet wurde, dass zum Tage der Reichsgründungsfeier am 18.Januar eine Anordnung über einheitliche Schulfeiern nicht ergangen ist. Der Minister wies darauf hin, dass er es eigentlich für selbstverständlich gehalten habe, dass Schulleiter an einem solcgen Gedenktag nicht vorübergehen, wie er überhaupt zentrale Verfügungen auf ein Mindestmass eingeschränkt habe. Im übrigen habe die Reichsregierung in diesem Punkte mit Einschluss des volksparteilichen Kabinettsmitgliedes selbst grösste Zurückhaltung geübt, um zu vermeiden, dass die Reichsgründungsfeier im parteipolitischen Interesse ausgeschlachtet werde. Zweifellos haben die Rechtsparteien diese Absicht gehabt,

In der Beantwortung einer deutschnationalen Anfrage ging der Minister auf die politische Betätigung der Schüler überhaupt ein. Man könne die Tatsache, dass sich die Politik in die Schule eingeschlichen habe, bedauern oder begrüssen. Aber es werde nicht gelingen, die Politik aus der Schule wieder heraus zu bringen und deshalb müsse sich in dieser Hinsicht neben Elternhaus, Kameradschaft, Presse, Jugendbünden auch die Schule als formende Kraft erweisen. Dabei dürfe es sich aber nur um politische Bildung, nicht um politische Beein-

flussung handeln. Hier müsse man dem Takte des Lehrers vertrauen. Die Schule solle bei seiner Entlassung dem Schüler das Rüstzeug mitgeben, dessen er bedürfe, wenn er sich mit politischen Problemen auseinandersetzen wolle. Zu warnen sei aber davor, der Jugend immer wieder vorzureden, sie sei unsere letzte Hoffnung und müsse das Versagen der älteren Generation wieder gut machen. Damit werde sie zu einer Ueberwertung ihres Könnens verführt. Sie müsse verstehen lernen, dass es nicht allein auf das Jungsein, sondern auf die Leistung ankomme. In diesem Sinne habe die Schule von heute nicht nur eine staatspolitische Aufgabe zu erfüllen, sondern sie werde damit ein sittliches Fundament für den künftigen politischen Kampf errichten. Als Mittel zu diesem Zweck gehöre die Politik auch in die Schule.

Aber gerade deshalb dürfe die Schule keine Bestrebungen oder Vereinigungen dulden, die, wie die nationalistischen Schülerverbände, ganz systematisch darauf hinarbeiten, die Jugend um das Recht der freien Meinungssuche zu bringen. Deshalb müsse alles aus der Schule heraus, was nicht hineingehöre, wie das politische Schlagwort und die politische Verhetzung. Dass wahlmündige Schüler sich geeignete politische Aufklärung in Nazi-Versammlungen verschafften, werde schwer zu beweisen sein. Immerhin stehe er aber auf dem Standpunkt, dass in Wahlzeiten der Staat nicht gerade zusammenbrechen werde, wenn solche wahlmündigen Schüler öffentliche Versammlungen besuchten.

Dann ging der Minister noch in Beantwortung einer sozialdemokratischen Anfrage auf das Verhältnis von Politik und Hochschuljugend ein. Hier legte er Wert auf die Feststellung, dass die grosse Mehrheit der deutschen Studentenschaft an den rüpelhaften Radauszenen an den Universitäten keinen Anteil habe, dass es vielmehr nur ein verschwindend kleiner Teil von jungen Leuten sei, der als akademischer Janhagel das Ansehen der deutschen Wissenschaft herabwürdige. Es sei zu bedauern, dass dadurch die Universitäten an Achtung in der Oeffentlichkeit eingebüsst hätten. Dennoch konnte der Minister feststellen, dass trotz der politischen Hakenkreuzunruhen die Hochsculen in weiten Kreisen Vertrauen und Achtung geniessen. Wenn insbesondere die deutsche Arbeiterschaft die Bedeutung wissenschaftlicher Arbeit und freier Forschung zu würdigen wisse, so sei das nicht zuletzt das unvergängliche Verdienst der Schöpfer des deutschen Sozialismus.

Der Minister gab zum Schluss die Erklärung ab, dass der Staat mit allen Mitteln gegen randalierende Elemente an den Universitäten einschreiten werde, die das akademische Leben ruinieren. Er werde dabei durch Einsetzen von Polizei, wenn es nötig erscheine, auch nicht vor der sogen. Exterritorialität der Hochschulen, die es in Wirklichkeit nicht gebe, Halt machen. Wer zur Idee der Universität stehe, müsse sich mit Hochschullehrern und dem besten Teil der akademischen Jugend in eine Front einreihen zum Kampf um das Ziel, inmitten politischer Verwilderung die Hochschulen wieder zu einer Insel der Sachlichkeit zu machen.

Der sozialdemokratische Abg, König-Potsdam unterstrich die Ausführungen des Ministers namentlich in der Richtung, dass Politik und Schule nicht mehr zu trennen seien. Sonst laufe man Gefahr, die Jugend zu weltfremden Menschen zu erziehen. Namentlich biete der Geschichtsunterricht eine gute Handhabe, die Jugend vor politischen Phrasen zu bewahren. Der Redner setzte sich dann noch für den Abbau des Berechtigungswesens, für die Förderung der Volksschule und für die rechtliche Anerkennung der Sammelschulen ein. Insbesondere kritisierte er, dass dissidentischen Lehrern noch immer keine Ausbildungsmöglichkeit durch Errichtung einer freien Akademie geschaffen worden ist. Das Vorgehen der Regierung gegen den akademischen Janhagel billigte er im Namen der sozialdemokratischen Fraktion.

Der deutschnationale Redner Abg. Meyer-Magdeburg erörterte die Frage des Staatsvertrages mit der evangelischen Kirche und erklärte, dass diese auf einen Rechtsschutz bei der sogen. politischen Klausel verzichten könne. Dann forderte er scharfes Vorgehen gegen die Freidenkerorganisationen.

In diesem letzten Punkte folgte ihm Abg. Lauscher (Ztr.), der darüber hinaus noch erklärte, dass das Zentrum angesichts des zügellosen Treibens der Freidenkerverbände solange gegen eine Uebertragung der Körperschaftsrechte an diese sei, als sie die Meinung anderer nicht achteten. Die weltliche Schule sei zwar grundsätzlich zugelassen, doch sei eine Rechtsgrundlage dafür nicht vorhanden. Diese Brücke zu schlagen sei Aufgabe des Reiches.

Der kommunistische Abg. Dr. Ausländer wandte sich sehr energisch gegen die Forderung nach scharfen Vorgehen gegen die sogen. Gottlosenverbände. Er wurde zweimal zur Ordnung gerufen. Nach der Rede des früheren Kultusministers, Abg. Dr. Boelitz (D. Vp.), der sich hauptsächlich über die Zurücksetzung von Protestanten gegenüber Katholiken in der Personalpolitik beschwerte, wurde die Beratung abgebrochen und auf Mittwoch, 12 Uhr vertagt.

Auf der Tagesordnung steht ausserdem die Abstimmung über das Gross-Berlin-Gesetz.